

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Habskovo nám. 32. Telefon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparsafaktonto 57644.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verschärfung der bayerischen Krise.

Ablehnung des Kompromisses durch den bayerischen Ministerrat. — Gefahr eines monarchistischen Putsches.

Berlin, 10. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die bayerische Krise hat sich verschärft, so daß noch mit dem Ausbruch eines offenen Konfliktes zwischen der Reichsregierung und der Regierung Kahr zu rechnen ist. Der bayerische Ministerrat hat noch am Freitag das in Berlin abgeschlossene Kompromiß abgelehnt. Die Demokraten sind für das Kompromiß und vielleicht auch die Bauernbündler, die mit 10 Mandaten vertreten sind. Die beiden Rechtsparteien haben im Landtage 85 Stimmen, die Linken 73. Es wird sich nun fragen, ob die Regierung Kahr, gestützt auf ihre geringe parlamentarische Mehrheit, die sich leicht in eine Minderheit verwandeln kann, sich gegen die Reichsregierung auflehnen darf, hinter der die Mehrheit des deutschen Volkes steht. Vorkäufig aber scheint es die bayerische Reaktion auf den Konflikt ankommen lassen zu wollen. Die bayerischen Rechtsparteien drohen offen mit einem monarchistischen Umsturz und ihre Presse weist darauf hin, daß Kahr mit Kronprinz Rupprecht in Verbindung steht. Um das Bürgertum sehen zu machen, werden die ungeheuerlichsten Meldungen über angebliche Putschversuche der Arbeiterschaft verbreitet. Unter diesen Umständen muß man mit der Absicht Kahr's, nicht nachzugeben, rechnen.

Wenn die Regierung jetzt neue Verhandlungen mit den bayerischen Hochverrätern beginnen sollte, so würde sie ihnen nur Zeit und Gelegenheit geben, ihre Vorbereitungen zu vollenden. Die „Freiheit“ schreibt: „Die Reichsregierung ist bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen. Die Führer der bayerischen Koalitionsparteien haben der getroffenen Vereinbarung zugestimmt. Das bayerische Zentrum und die bayerischen Demokraten haben mit ihrer gefügigen Unterstützung der Regierung Kahr ohnedies die schwerste Schuld auf sich geladen. Jetzt aber ist das Maß dieser Regierung überfüllt. Wenn die bayerische Regierung sich den bescheidenen Anforderungen der Reichsregierung nicht fügt, dann muß diesen monarchistischen Umtrieben ein Ende gemacht werden.“ Der „Vorwärts“ schreibt: „Wir müssen es absehen, mitzumachen, daß das Reich weiter verschönt werde. Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg zur Verständigung. Dann muß eben für das Recht der Republik gekämpft werden.“

Dienstag Beratungen.

Am Dienstag werden neue Beratungen zwischen der Reichsregierung und den drei Vertretern der Regierungspartei stattfinden. Gegenstand der Besprechung wird die innerpolitische Lage sein. Man hofft bis Montag im Besitz einer Entscheidung der bayerischen Regierung zu sein. Die nächste Sitzung des Nebenwahrungsausschusses des Reichstages, die sich mit der bayerischen Frage beschäftigen wird, findet Montag Mittag statt.

Kahr lehnt ein Kompromiß ab.

München, 10. September. Nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ hat der Ministerrat gestern in später Abendstunde beschlossen, das von Berlin vorgeschlagene Kompromiß dem Landtage zur Annahme nicht zu empfehlen. Heute nachmittags tritt der ständige Ausschuß des Landtages zusammen, in welchem die Regierung eine entsprechende Erklärung abgeben dürfte.

Verschärfung des Ausnahmezustandes in Nordbayern.

Berlin, 10. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Während in Berlin über die Aufhebung des Ausnahmezustandes verhandelt wird, haben die bayerischen Behörden den Ausnahmezustand in Nordbayern noch verstärkt. Sämtliche Druckerzeugnisse müssen bevor sie veröffentlicht werden, dem Zentralvororgelieg werden.

Die deutsche Schmach.

Schicksalschwere Stunden erleidet Deutschland, die Republik, und mit ihr das ganze deutsche Volk. Seine Feinde lauern nicht allein außerhalb der Staatsgrenzen, erpressen nicht nur aus Deutschlands Mark bis zur Erschöpfung des Staates letzte Kraft, die Feinde des Reiches stehen mitten im Lande und treiben Schindluder mit der Staatlichkeit, die sich das deutsche Volk aus den Trümmern des Hohenzollernkrieges geschaffen. Die Kreise, die sich einst als Stützen des alten Reiches ausgaben, Offiziere, Bürokraten, Kriegsgewinner und andere Ordenbesitzer, sie, die den Kapp-Putsch in Szene gesetzt haben, und die des Reiches Ansehen und Sicherheit seit Monaten und nahezu Jahren schon untergraben, sie sind zur Stunde die blutigsten Feinde des deutschen Volkes. Herr Kahr und seine bayerischen Regierungskollegen aber, die — wie aus den letzten Nachrichten hervorgeht — wirklich ersten und unerrückbaren Sinnes zu sein scheinen, den Bau des Reiches um ihrer Herrschgelenke wegen zu sprengen, sie sind der Ausdruck der zusammengeballten Reaktion gegen den Willen des deutschen Volkes zu einem Volksstaate. Herr Böhner, der Polizeipräsident von München, der jede Mordtat der Hakenkreuzler vertuscht und eine wahre Heze gegen jeden Oppositionellen veranstaltet, Herr Böhner, unter dessen Amtsführung aus München Horthypst wurde, und Herrn Böhners Gehilfen in der bayerischen Provinz, sie sind die blutigsten Feinde eines Volkes, das wahrlich mehr Feinde als nötig hat.

Und wie hat die deutsche Justiz die Schmach geföhnt, mit der die deutsche Reaktion den Namen des neuen Deutschlands besetzt hat? Ermordet wurden: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Karl Gumbel, Hans Paasche und viele, viele andere. Dreihundertvierzehn erschlagen, zerstampft, zerprügelt bis zum Todesstöhnen, ins Wasser geworfen, „auf der Flucht“ erschossen, an die Mauer gestellt — und alle Tode blieben beinahe ungefühnt! Dreizehn Straftaten der Kommunisten wurden von der gleichen Justiz durch 8 Todesurteile und 176 Jahre und 10 Monate Kerker gerächt, 314 schaurige Morde der Reaktion entführten 31 Jahre Freiheitsstrafe und eine lebenslange Festungshaft — für jeden Nordbuben also etwas über einen Monat Gefängnis! Ja, diese Justiz ist blind, wo deutsche Richter über ihresgleichen zu urteilen haben, so blind, daß sie nicht die Grundfesten des Reiches wanken sehen; 519 Jahre erhellten die Münchner kommunistischen „Hochverräter“ und eine Todesstrafe wurde vollstreckt, die Kapplente sind frei ausgegangen!

Und wie sieht es im Reiche deutschen politischen Schrifttums aus? Noch nie war die bürgerliche Presse — wenn man von einigen großen Blättern am Rheine und in Berlin abseht — so erschreckend tief gesunken wie heute. An dem geistigen Tod Ludwig Thomas in der Redaktion des „Miesbacher Anzeigers“ kann man den Verfall eines Teiles des deutschen Bürgertums erkennen. Seit Menschengedenken ist der Tagespresse deutscher Junge dieser stillische Verfall, dieser Verzicht auf jedes geistige Ringen fremd geblieben und fremd bleibt diese Wandlung auch einem Teil des deutschen Bürgertums. Aber diese Pogrompresse, die Herr Böhner verbietend weitererscheinen läßt, ist in seiner Offensichtlichkeit wohl das erschreckendste Symptom der Wandlung eines großen Teiles des reichsdeutschen Bürgertums.

Des reichsdeutschen Bürgertums allein? Hat sich nicht auch der nationalistischen Presse

Deutschböhmens der Ton des „Miesbacher Anzeigers“ bemächtigt? Klingt nicht auch — um eines der Blättchen zu nennen — aus dem Durer „Tag“ das Morbio der bayerischen Kämpen, sind die Herren Baerai, Kallina und Konsorten nicht eines Herzens und eines Knüppels mit den Helben um Kahr? Es ist für unser Bürgertum bezeichnend, daß es sich zu keiner der großen republikanischen Parteien Deutschlands geistig hingezogen fühlt, sondern daß es dort Anschluss sucht, von wo aus Deutschlands Zusammenbruch betrieben wird: daß es zum Hakenkreuz schwört. Denn die deutsche Republik zertrümmern, heißt auch das deutsche Volk dem Unglück der Kleinstaaterei und der jahrhundertelangen Knechtschaft Frankreichs auszuliefern. Der wahrwitzige Versuch, das Kaiserium gegen den Willen der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands und gegen den Willen der Sieger wieder aufzurichten, muß in Strömen deutschen Blutes zusammenbrechen. Der Versuch, den die Hakenkreuzler mit der Vandalerie und Pöbeligkeit des zusammengebrochenen Militarismus vorbereiteten, er ist der willkommenen Anlaß zum Einbruch Frankreichs in das von ihm so begährte Saargebiet, die Ursache der Vernichtung deutscher Produktivität. Wenn Teile des reichsdeutschen Bürgertums diesen Gefahren blind gegenüberstehen und so dem französischen Chauvin geradezu das Stichwort geben, mühte man annehmen, daß wenigstens die Auslandsdeutschen aus Liebe zu ihrer Nation die Irrwege der deutschen Nationalisten kritisch beurteilen. Nichts davon ist aber in der Presse unseres nationalistischen Bürgertums zu merken. Im Gegenteil: Sie halten es mit Kahr und Böhner, mit den Herfindlern des Reiches, sie halten es mit der zerbrochenen falschen Kaiserherrlichkeit, mit pflichtvergessenen Richtern, staatsgefährlichen Staatsanwälten und frechtstrentigen Mördern, und vergessen darob die Zukunft des deutschen Volkes. Sie spielen sich als die Deutschen in diesem Staate auf und gehen mit den Totengräbern Deutschlands!

Der Kampf um Kleinasien.

Die letzten Tage brachten eine Anzahl einander widersprechender Nachrichten von der Einnahme Angoras. Bald hieß es, diese Hauptstadt Anatoliens, der Sitz der Kemalregierung, sei in der Hand der Griechen. Dann wieder wurde gemeldet, daß die türkische Nationalarmee sich dort behauptet. Und neuerdings sah sich der griechische Gesandte in Rom, Metaxa, genötigt, einem Mitarbeiter der „Epoca“ gegenüber die Einnahme der Stadt ausdrücklich zu bemerken. Wo immer innerhalb dieser Berichte die Wahrheit stecken möge, soviel ist gewiß, daß der griechisch-türkische Krieg an einen entscheidungsvollen Punkt gelangt ist und ein Einbernehmen zwischen den beiden Streitern das einzige Vernünftige wäre. Muß doch derselbe Metaxa den Stoßfänger von sich geben, daß die „Interesslosigkeit der Ententemächte den Konflikt zu verewigen drohe“. Und umgekehrt versichert Kemal Pascha, dessen Nachrichtenbureau übrigens den angeblichen griechischen Sieg in eine Niederlage mit 30.000 Toten und mit einem Rückzug über den eben erst genommenen Salatia umdeutet, daß er entschlossen sei, den Kampf um das Recht der Türken noch jahrelang zu führen.

Wo man sich rechts und links derart der Endlosigkeit gegenüber stellt, müßte eine Verständigung unschwer zu erreichen sein. Dieser Bogel der Tatsachen steht nur der eine schwerwiegende Umstand entgegen, daß Griechen und Türken keineswegs für sich

selber kämpfen. Vielmehr bildet auch in diesem Kriege wie bei fast allen blutigen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte die nationale Ideologie lediglich den Vorspann, um großkapitalistisch-imperialistische Berechnungen ans Ziel zu führen, und die Griechen und Türken sind in Wahrheit nichts anderes als die Landsknechte der großen europäischen Imperien und der nach Ausbreitung ihrer Grundzüge dürstenden Sowjetmacht im Streit um den Orient. Wie seinerzeit die Fürsten ihre „Schweizer“ mit Gold entlohten, so verheißt jetzt die europäische Großbourgeoisie ihren bourgeoisen Söldlingen Landstücken, die Volksmassen speist sie mit der Aussicht auf „nationale Ehren“ ab. Die scheinbare „Neutralität“ der Entente, deren Mitglieder übrigens diplomatisch, finanziell und als Lieferanten von Kriegsmaterial durchaus aktiv eingegriffen haben, sowie Sowjetrußland mit Kemal Pascha ein förmliches Bündnis schloß, vermag nur den Oberflächlichen zu verwirren. Letzten Endes geht es doch einerseits um die Interessensphären der Großmächte in Vorderasien, wie sie der Friede von Sevres mit dem Hadmeier abzugrenzen versucht hat, und andererseits um den Versuch Moskaus, die Kraft des Islams zum eigenen Vorteil gegen den Gedanken des englischen Weltimperiums aufzubieten.

Den Vertrag von Sevres, eine ähnliche Mißgeburt wie das Versailles Monstrum, zeugten im Mai 1920 die alte und nicht unbegründete Abneigung gegen den jahrzehntelangen Franklen Mann am Bosphorus, hemmungslose Raubsucht der Siegerstaaten und das Bedürfnis, den kleinen griechischen Bundesgenossen nach Möglichkeit auf fremde Kosten zu belohnen. So wurde die Türkei in ein ohnmächtiges, anatolisches Sultanat verwandelt, das auf Smyrna und Thrazien zugunsten der Griechen, den Italienern zuliebe auf Cilicien verzichtet und Syrien unter französisches, Mesopotamien und Palästina unter englisches Mandat stellen mußte. Kurdischen, Armenien und Arabien wurden selbständig, die Scheinherrschaft über Aegypten, den Sudan, Tunis, Tripolis, Cypern und die ägäischen Inseln hörte auf, Konstantinopel und die Dardanellen wurden einer jugendlichen internationalen Kommission unterstellt. Diese barbarische Operation rief die Nationalisten unter Kemal Pascha auf die Bahn. Sie organisierten von dem schwer zugänglichen anatolischen Hochland aus den Widerstand und es gelang ihnen, um die Mitte des vorigen Jahres bis zu den Dardanellen und dem Marmarameer vorzustoßen — wohl zur stillen Genugtuung der Franzosen, die den Engländern die Sorge um Mesopotamien gewiß herzlich gönnten, um so in Europa desto ungeörter hausen zu können. Noch mehr kam im November 1920 den Franzosen der Sieg des Königs Konstantin über den bisherigen griechischen Diktator Venizelos zu pass. Gab er ihnen doch Gelegenheit, unter dem Vorwande, der Deutschenfreund Konstantin müsse bestraft werden, Englands Schicksal, Griechenland, um einen Teil der Beute zu pressen. Sie hofften, das wibernatürliche Bündnis des Feudalmilitaristen Kemal mit Moskau dadurch lösen zu können, daß sie dem erfolgreichen türkischen General in einer Revision des Vertrages von Sevres Kurdischen und daneben maßgeblichen Einfluß in dem eben griechisch gewordenen Smyrna anboten. England und Italien, um den ungeführten Genuß ihrer Beute besorgt, nahmen wohl oder übel die französische Anregung gütlich auf, umso mehr, als England auf die Gefühle seiner zahlreichen mohammedanischen Untertanen eine gewisse Rücksicht nehmen muß.

Nemal aber ging auf den Antrag nicht an. Ebensovienig war er für Griechenland innehmbar, weil es den einzigen großen Hafen Kleinasien, eben Smyrna, dessen Besitz es zum Herrn des ägäischen Meeres und zum größten Levantehandelsstaat macht, weder aus der Hand geben will noch kann. So begann der Krieg, der unter wechselnden Rückschlägen im Frühling 1921 den griechischen Sieg bei Eski Schehir und im weiteren Verlauf den hellenischen Vormarsch nach Angora brachte, wozu das türkische Nationalparlament nach der ersten argen Niederlage verlegt worden war.

England ist am Sieg der Griechen lebendig interessiert. Es braucht sie in Konstantinopel, weil ein griechisches Konstantinopel soviel wie ein englisches ist und weil ohne die sichere Herrschaft über die Meere auch die anatolische Bahn ungeschützt ist. Dieser anatolischen Bahn aber bedarf England als Seilbahnlinie zu Indien und dem persischen Golf. Deshalb kann es die Türken in Anatoliens Hauptstadt Angora nicht brauchen, deshalb hat es trotz seiner „Neutralität“ die Griechen ausgerüstet und finanziert. Frankreich aber will von Syrien aus den Kleinasiatischen Norden durchdringen, es hofft darüber mit Kemal einig zu werden, so wie es ihn schon dazu veranlaßt hat, vertragsmäßig die Angriffe auf Cilicien einzustellen. So oft die Griechen Erfolg hatten, wurde das Austreten Lloyd Georges im Großen Rat fester. Die Eroberung Angoras könnte, so innig hängen heute die Vorgänge der Welt miteinander zusammen, Oberchiefs des Schicksals zugunsten Deutschlands entscheiden, weil die Franzosen dann ein Mittel, England zu ängstigen, aus ihren Schloßhänden verloren hätten.

London, 9. September. Reuter meldet, daß die griechische Offensive am Salaria zum Stillstand gekommen zu sein scheint. In den letzten vier Tagen fanden heftige Kämpfe statt. Es bestehen sogar Anzeichen für einen griechischen Rückzug. Genau Einzelheiten fehlen noch. Die griechische Armee hält gegenwärtig Stellungen 60 Kilometer südwestlich von Angora.

Konstantinopel, 9. September. Weitere Berichte aus Angora besagen, daß ein Gegenangriff am 6. September den griechischen Vormarsch nach Angora zum Stehen gebracht habe.

Angora, 9. Sept. (Havas.) Wir haben sämtliche Angriffe, welche auf die Umgebung der Frontflügel am Salariaflusse abzielten, abgeschlagen. Die Verluste der Griechen sollen sich auf 30.000 Mann belaufen.

Sortly entdeckt wieder eine kommunistische Verschwörung.

Budapest, 10. September. (M. T. S. B.) Die Polizei verhaftete 18 Personen, die eine Organisation „Jungarbeiter“ ins Leben gerufen hatten. Die Organisation betreibt unter den Lehrlingen einzelner Fabriken kommunistische Propaganda. Die Häden dieser Organisation führten nach Wien, von wo der gewesene Volkskommissar Landner größere Geldbeträge nach Budapest sandte.

Dante.

Zur Gedenkfeier seines Todesjages. (14. September 1321.)

Von Friedrich Adler, Prag.

Am 14. September feiert Italien und mit ihm die ganze gebildete Welt die Erinnerung an den Dichter der „Göttlichen Komödie“. Eine der gewaltigsten Erscheinungen aller Zeiten, hat Dante die Literatur seines Volkes begründet und sie zugleich mit einem Schlage auf einen Gipfel gestellt, der noch bis heute einfarbig und erhaben emporragt. Sein Hauptwerk, die Wanderung durch die Hölle und das Fegefeuer zum Himmel, ist im geistigen Leben aller Nationen verankert und übt in seinen wesentlichen Schönheiten unverminderte Kraft aus. Gewichtige Worte, so die Hölleinschrift mit ihrem grandiosen Ausklang sind sprichwörtlich geworden (nicht mit Unrecht sieht Richard Dehmel gerade darin das Zeichen wirklichen Ruhms) und alle Künste spiegeln bis in die neueste Zeit — man denke nur an Robins Höllempore — den fortbauenden Einfluß des Dichters.

Die Geschichte seines Lebens dreht sich um zwei Angelpunkte, seine Liebe zu Beatrice und seine Verbannung. In ganz jungen Jahren hat ihn die Liebe zu einem Mädchen ergriffen, die er unter dem Namen Beatrice besungen hat. Und als sie früh starb, war es ihm eine Befreiung, sie zum Stern seiner großen Dichtung zu machen. Von dieser ersten Liebe legt das Gedichtbuch seiner Jugend: „Neues Be-

Partei-Genossen und Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik hat beschlossen, den

Parteitag

für Sonntag, den 13. November d. J. einzuberufen. Der Parteitag wird in Teplitzen a. G. im Hotel „Stadt Prag“ am 13. November und die folgenden Tage abgehalten werden.

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums;
 - b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
 - c) Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission und einer Vorschlags-Kommission für die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
2. Berichte:
 - a) des Parteivorstandes;
 - b) der Kontrolle;
 - c) über die parlamentarische Tätigkeit.
3. Die politische Situation und unsere nächsten Aufgaben.
4. Sozialdemokratische Gemeindepolitik.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft.
6. Der Wiederaufbau der Internationale.
7. Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
8. Allgemeine Anträge.

Laut § 29 des Organisationsstatutes sind selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragssteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstande zur Berichterstattung und Antragsstellung für den nächsten Parteitag zuzuwenden.

Wir ersuchen die Anmeldung der Delegierten an das sozialdemokratische Parteisekretariat, Teplitz-Schönau, Seilerstraße Nr. 1, vorzunehmen. In welche Adresse die Zuschriften wegen der Beschaffung von Wohnungen zu richten sind, wird rechtzeitig durch die Parteipresse bekanntgegeben werden.

Mit sozialdemokratischen Brudergruß:
Die Einberufer:

Gusti Burok, Karl Cermak, Dr. Ludw. Czoch, Theodor Hadenberg, Dr. Carl Heller, Oswald Hillebrand, Hans Joll, Franz Köster, Karl Lorenz, Dr. Ludw. Morgenstern, Anna Perstien, Elise Plajschel, Adolf Pohl.

Erster Verbandstag des sozialistischen Jugendverbandes.

Teplitz-Schönau, 10. September. (Eigenbericht d. „Sozialdemokrat.“) Heute Abend wurde in der Kaiserbadveranda in Teplitz-Schönau der erste ordentliche Verbandstag des sozialistischen Jugendverbandes eröffnet. Hundert delegierte Jugend-Genossen und Jugendgenossinnen aus allen Kreisen der Republik füllten den Saal. Ein Glodenzeichen brachte reglose Stille, dann erstimmte aus den Reihen der Jugendlichen, die sich von ihren Sitzen erhoben hatten, das alte revolutionäre Kampflied „Die Internationale“ mächtig und feier-

lich. beredtes Zeugnis ab; es enthält herrliche Kanzenen und Sonette und das eine Sonett allein, das mit den Worten beginnt: „Tanto gentil e tanto onesta pare“, wiegt in seiner unvergleichlichen Schlichtheit alle Sonette Petrarcas auf. — Die Verbannung hat er sich durch die Beteiligung an den politischen Kämpfen Florenz“ zugezogen, und seine Feinde waren grimmig genug, ihm die Heimkehr zeitweilig zu versperren. Er starb nach ruheloser Irrfahrt im Exil zu Ravenna. Deshalb trug sein Gedicht die einleitenden Worte: „Es beginnt die Komödie von Dante Alighieri, Florentiner der Abstammung, nicht den Sitten nach.“ Michelangelo freilich, sein hoher Geistesverwandter und Landsmann, sang hernach, er wollte das höchste Glück der Welt für Dantes hartes Exil und seine Größe hingeben.

Haben wir allen Grund, den Dichter zu ehren, so gilt dies ebenso von dem Manne. Dante war bei aller Hingabe an die Gedankenwelt ein Mann des lebendigen Wirkens. Und nichts ist für ihn bezeichnender, als daß er „jene traurigen Seelen, die ohne Schimpf und ohne Lob gelebt haben“, in die Hölle versetzt. Die leidenschaftliche Teilnahme an den Vorgängen in seiner Heimat hat ihm eben jenen heißen Atem eingegeben, der bei aller edlen Haltung durch sein Gedicht weht, und ihm den Pinsel bei der Schilderung von Personen und Szenen geführt, die auf dem knappen Rahmen der herben Verse so blutvoll herausdrängen. Und nur so wurde die „Göttliche Komödie“ ein Abbild der Welt um

lich empor. Begeistert und begeistert war die Eröffnungssprache, die der Verbandssekretär Genosse Paul zur Begrüßung an die Versammelten richtete. Hierauf wählte der Verbandstag folgende Jugendgenossen in das Präsidium: Malh-Teplitz, Hochsam-Karlbad, Walter-Haida als Vorsitzende, Mahler-Trude-Lustig und Lander-Troppan als Schriftführer. Vorsitzender Genosse Malh begrüßte die erschienenen Gäste, vor allem den Genossen Dr. Heller als Vertreter des Parteivorstandes, die Vertreterin des frauenreichskomitees Genossin Goldschmidt, Genossen Heinz (Wien) als Vertreter der Internationalen Arbeitergemeinschaft, Leopold Thaller vom Oesterreichischen Jugendverband, Schratter (Leipzig) von der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands, den Vertreter des Zentralorgans, die Vertreter der Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisation Teplitz, die Vertreter der sozialdemokratischen Gemeindefraktion Teplitz. Der sozialistische Jugendverband Frankreichs hatte ein Begrüßungsgramm geschickt. Ebenfalls der Arbeiter-Turn- und Sportverband Aufruf. Die Begrüßungssprachen der Gäste insbesondere der österreichischen und reichsdeutschen Genossen lösten begeisterten Beifall aus.

Hierauf wurde eine Mandatsprüfungs-Kommission gewählt, die Geschäfts- und Tagesordnung festsetzt. Vor Eingang in die Verhandlungen wurde ein Gruß an „Unsere Brüder in den Kasernen“ gerichtet. In dieser Resolution heißt es unter anderem:

„Jugendgenossen, die ihr unter dem Joch des Militarismus eurer Freiheit beraubt sind, wir senden Euch die brüderlichsten Grüße. Wir fühlen uns eins mit Euch in dem unerschütterlichen Willen zum Kampfe gegen den völkermordenden Militarismus, die stärkste Stütze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wir fordern Euch auf, getreu den sozialistischen Grundfäden auch innerhalb der Kasernenmauern für unsere Idee zu wirken. Im Vertrauen auf Euer proletarisches Treue sehen wir der Zukunft voller Zuversicht entgegen. In diesem Sinne begrüßen wir Euch und versichern Euch unserer unerschütterlichen Solidarität.“

Hierauf folgten Berichte; wiedergegeben die Tagesordnung der morgigen Sitzung des Verbandstages enthält das Referat Hofbauers über einen Programm-Entwurf des Verbandes und Diskussionen, ferner das Referat des Genossen Heinz über die Jugendinternationale und die daran anschließende Debatte. Nachmittags nehmen die Genossen an dem Kreisjugendtag Teplitz in Schwab teil. Die montägige Tagesordnung enthält das Referat Hokes über die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterjugend und das Referat des Genossen Paul über „Unsere künftigen Aufgaben“. Weiters wird zur Wahl des Verbandsvorstandes und zur Verbandskontrolle geschritten werden.

Ueber die allfälligen Anträge und über den Verlauf des Jugendtages werden wir in den nächsten Nummern unseres Blattes ausführlich berichten.

Inland.

Sozialistische Verschidenheit. Die tschechischen bürgerlichen Parteien richten gegen die beiden sozialistischen Parteien, die auf dem Sprünge in die Regierung sind, Angriffe, weil diese gewisse Bedingungen für den Eintritt in die Regierung gestellt haben. Das „České Slovo“, dessen Artikel in den letzten Tagen auf den Mosten gestimmt sind, schreibt demgegenüber: Bis einmal ein Historiker vom sozialistischen Mindestprogramm in dieser Re-

publik, wie es unsere Partei und die tschechoslowakische Sozialdemokratie aufgestellt haben, schreiben wird, wird er die Sozialisten sicherlich nicht wegen Mangels an Patriotismus und realem politischen Sinn beurteilen. Die bürgerlichen Parteien dürfen nicht daran vergessen, daß durch dieses Programm nur ein Teil des Unrechtes, welches die gegenwärtige Gesellschaftsordnung dem Proletariat bringt, gutgemacht wird. Es handelt sich also nicht um ein Diktat. In diesem Staat kann man nicht gegen jene regieren, welche durch die gegenwärtige Ordnung ausgebeutet sind und Verstand und Gerechtigkeitsgefühl sagen es, daß man mit ihnen nur dann regieren kann, wenn das an ihnen begangene Unrecht allmählich beseitigt wird. Die den bürgerlichen Parteien vorgelegten Bedingungen sind die Voraussetzungen einer vernünftigen Koalition und man kann auf sie nur auf eine Art antworten: „Ja, oder Nein.“ — Den Eintritt in die Regierung rechtfertigt das Blatt mit einigen kurzen knappen Sätzen, die dem deutschen Leser einen Einblick in die Geistigkeit der sozialistischen Parteien des tschechischen Volkes geben: „Wenn die Sozialisten sich zur Teilnahme an der Regierung mit den bürgerlichen Parteien entschlossen haben und bisher in dieser Republik in den Regierungskoalitionen vertreten waren, hat es seinen Grund. Die tschechoslowakische Republik war und ist bisher ein ernstes Gegengewicht gegen reaktionäre Bewegung in ganz Mitteleuropa und die sozialistischen Parteien wissen die Bedeutung dieser Tatsache wohl zu schätzen. Es ist nicht schwer, darauf hinzuweisen, wie wichtig die Teilnahme der sozialistischen Parteien an der Regierung auch für die innere Entwicklung dieses Staates ist. Und dann haben wir diesen Staat gar zu gern, der das Ergebnis der nationalen Revolution ist und wir wissen, daß ohne Teilnahme der Sozialisten eine parlamentarische Regierung nicht möglich ist. Und uns und den Nichtsozialisten ist es klar, daß die parlamentarische Regierung die Grundlage der ruhigen Entwicklung dieses Staates ist.“

Die Annatur der tschechischen allnationalen Koalition tritt gleich bei ihrer Geburt in heftigen Polemiken der tschechischen bürgerlichen Blätter gegen die genug abgeschwächten Forderungen der beiden tschechischen sozialistischen Koalitionsparteien zu Tage, wobei nach bewährter bürgerlicher Methode das kapitalistische Standesinteresse mit dem nationalen Interesse gleichgesetzt, aber die Forderungen der arbeitenden breiten Volksschichten als dem nationalen und staatlichen Interesse feindlich hingestellt werden. Die Sozialisten werden als eigenfichtige Parteigänger und schlechte Patrioten hingestellt, welche das allnationale Regierungsprogramm unmöglich machen. Gegen dieses Manöver der tschechischen Kapitalistenpresse wendet sich das Abendblatt des „České Slovo“ vom 10. ds. M., wobei es mit bemerkenswerter Klarheit feststellt, daß in dem Streite des Kapitalismus mit dem Sozialismus eine neutrale Stellungnahme unmöglich ist. Passivität bedeutet, nach dem genannten Blatte, nichts anderes, als in Wahrheit den Kapitalisten die Stange halten. Das Blatt erklärt zum Schluß, daß die bürgerliche Fröndlichkeit die Partei des Blattes nicht irre machen wird.

Magyarisch-tschechische Verhandlungen über die Kaschau-Oberberger Bahn.

Budapest, 10. Sept. (MAB.) Die Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und

Mir selbst ist Dante von Jugend auf teuer gewesen. Als ich in Verona vor der prächtigen Loggia sein Standbild grüßen durfte und dann in die altrömische Arena trat, sagte mich der Gedanke, daß Dante hier in der Verbitterung des Verbannten und in der Einsamkeit des gewaltigen Raumes die Hölle konnte entworfen haben. Daraus erwuchs mir ein Bild des Dichters, das hier zur Feier des Tages stehen möge. „Nel mezzo del camin di nostra vita“ (Auf halbem Wege unseres Lebens) lautet der erste Vers der „Göttlichen Komödie“ und deutet an, daß der Dichter seine poetische Wanderung im 35. Lebensjahr begonnen hat.

Nel mezzo del camin di nostra vita.

Verona schläft. Es ruht von lauten Festen, Die ihm der Herzog della Scala bot, Dem Volk zur Lust, zur Ehre seinen Gästen. Im alten Römergirtel, lang schon tot, Bar wiederum der Freude tolles Schäumen Für einen Tag berauschend aufgelöst. Nun herrscht das Schweigen in den weiten Räumen, Die schwarzen Mauern ragen in die Nacht, Phantastisch groß, gleich steingewordenen Träumen. Und Stille lagert rings. Nur einer wacht, Mein und einsam in dem tiefen Grauen, Ein Ernster, dessen Lippe nie gelacht. Ein Flüchtling, fern von seiner Heimat Auen, An die er sehnenb denkt, und doch, er weiß, Er wird Florenz, das schöne, nicht mehr schauen.

der Generaldirektion der Kaschau-Oderberger Bahn, zwecks Auflassung der Generaldirektion und Sicherung der Gehältern des Personals der Generaldirektion, die seit längerer Zeit geführt wurden, dürften demnächst mit Erfolg abgeschlossen werden. Die tschechoslowakische Regierung hat sich bereit erklärt, diejenigen Angehörigen, die Anspruch auf die tschechische Staatsbürgerschaft haben und die dortige Dienstsprache binnen einer gewissen Zeit erlernen, in eigenen Dienst zu übernehmen und der Aktiengesellschaft die nötige Deckung für die Ausgaben, die mit der Liquidierung in Zusammenhang stehen sowie für die Ergänzung der Pensionsansprüche des Personals auf tschechoslowakische Kronenwährung zur Verfügung zu stellen. Der Direktionsrat der Gesellschaft wird sich mit dieser Angelegenheit demnächst befassen. Man hofft, daß diese langwierige Angelegenheit nunmehr einer befriedigenden Lösung zugeführt werden wird.

Hierzu erfährt das tschechoslowakische Presbüro von zuständigen Stellen, daß die Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros ungenau ist und in einigen Punkten tendenziös den Verhandlungsergebnissen vorkommt. Erst am 15. d. wird eine Sonderdelegation des tschechoslowakischen Eisenbahnministeriums nach Budapest abreisen um den Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung in diesen Fragen darzulegen und die Verhandlungen zu beenden.

Eine Erklärung des staatlichen Hilfsausschusses für Rußland.

Prag, 10. September. (Tsch. P. B.) Mit Rücksicht darauf, daß in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit ungenügende Informationen über die Stellungnahme des ständigen interministeriellen Ausschusses in der Frage der Verteilungssaktion in Rußland herrschen, erinnert dieser Ausschuss daran, daß er stets den Standpunkt vertreten hat und vertritt, daß seine bevollmächtigten Organe an der Verteilungssaktion in Rußland teilnehmen. Dabei muß ihnen auf Grund der von Kritiker in Rußland ausgesprochenen Bedingungen die volle Möglichkeit der Kontrolle über die Art der Durchführung der Distributionssaktion an Ort und Stelle gegeben werden, um rechtzeitig einschreiten zu können, wenn die Aktion in einer Art durchgeführt wird, die den Intentionen der tschechoslowakischen Regierung und der Spender nicht entspricht, und wenn der Grundsat verletzt würde, daß die ganze Unterstüßungsaktion einzig für das hungernde russische Volk bestimmt ist. Der ständige interministerielle Ausschuss hat schon in seiner letzten Rundgebung mitgeteilt, daß zu diesem Zwecke mit unseren Transporten einerseits Regierungsvertreter, andererseits aus den Reihen der Spender ernannte Delegierte entsendet werden. Weiters erinnert der Ausschuss daran, daß einer der Moskauer Artikel bestimmt, daß alle Waren, die nach Rußland ausgeführt werden, Eigentum der internationalen Hilfsaktion bleiben, bis zu dem Momente der direkten Zuteilung an das Publikum. Aufgabe dieser Delegierten wird auch sein, tschechoslowakische Staatsangehörige und diejenigen Tschechoslowaken zu bedenken, die gegenwärtig russische Staatsangehörige sind.

Dante, der Dichter. Seine Stirn ist heiß,
Das Auge glüht, er gibt das Haar dem Winde
Und starrt umher im ungeheuren Kreis.
„Wer kann mir sagen, wo ich Ruhe finde?
Den sichern Frieden, der dem Herzen fehlt,
Wie eine Mutter dem verwaisten Kinde.
Hier fühl' ich bitter, ist mein Tag gezählt —
Nur eine nied're Seele mag verweilen,
Wo man den Knecht erhöht, den freien schmählt.
Unbeglückt ich, unbeglückt meine Zeiten!
Und weiter geh' ich meinen Pilgerpfad,
Mit müden Wanderern das Brot zu teilen.
Stehle das Recht im Vaterlande Rat,
Ich würde nicht den Platz am Herde missen,
Es gäb' mir Raum, ich gäb' ihm meine Tat.
Doch Reid und Torheit hat mein Heim zerrissen,
Der wilde Zwist zerstört der Bürger Kraft,
Den Tieren gleich, die sich im Kampf ver-
bissen.
Italia! Einst warst du riesenhaft,
Jetzt bist du klein, klein von Erbarmlichkeiten,
Im Innersten zersplittert und erschlaft.
O, daß ein Hauch aus jenen fernern Zeiten,
Da Rom der Erde Urteilspruch gefällt,
Du uns're Seelen wollte niedergleiten!
Der Geist, der diese Mauern aufgestellt,
Den Bau Italiens zusammenzwänge,
So stark, so stolz, so trotzig einer Welt!
Doch, weh mir, weh! Ein tobendes Gedränge
Von Haß und Reid, von jedem bösen Trieb,
Der in den Wahnsinn heßt die dumpfe
Menge —

Börsentaumel.

In den letzten Tagen ist der Wert der deutschen Reichsmark rapid gefallen. Während man noch im März für einen Dollar 60 Mark zahlte, muß man gegenwärtig ungefähr 100 deutsche Mark hergeben, um einen Dollar zu bekommen. Wenn die Mark aber fällt, sucht jeder Kapitalbesitzer sein Bargeld loszuwerden, da er befürchtet, daß dieses von seinem Werte in kurzer Zeit einen großen Teil verliert. Es ist daher sein Bestreben, andere Werte zu erwerben, vor allem Aktien industrieller Unternehmungen, also Teile des Grundes und Bodens, Maschinen, Rohprodukte, Fertigwaren, kurz sogenannte Sachwerte, oder aber er kauft fremde Valuten, deren Wert im Verhältnis zur sinkenden Mark steigt; dadurch wächst die Nachfrage nach fremdem Gelde noch mehr und die Mark stürzt weiter hinab. Ein ungeheures Spekulationsfieber hat die deutschen Kapitalisten ergriffen, die Banken und Makler sind kaum imstande die Aufträge auszuführen, die Berliner Börse erweist sich als viel zu klein, um den Andrang der Käufer aufzunehmen, sogar auf dem Börsehof wird gekauft und verkauft, die Börsenzeit muß über das normale Ausmaß verlängert werden.

Die fabelhaften Kurssteigerungen der Sachwerte (Hauffe), die sich gegenwärtig in Deutschland abspielen, rufen die Erinnerung an das Börsenfieber nach, das Anfangs der 70er Jahre ganz Oesterreich ergriffen hatte und in dem Börsenkrach von 1873 seinen unrühmlichen Abschluß fand. Die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus, die nach dem deutsch-französischen Krieg in Deutschland und auch in Oesterreich eingeleitet hatte, brachte massenhafte Neugründungen von Unternehmungen mit sich, ein Gründungsfieber hatte die gesamte Bevölkerung ergriffen. Aber die damals glänzenden Geschäftsaussichten wurden, wie dies immer zu sein pflegt, von der Spekulation maßlos überschätzt, zweifelhafte Unternehmungen wurden ins Leben gerufen, bis das Kartenhaus zusammenbrach. Zahllose Firmen gingen zugrunde, ihre Aktien wurden so entwertet, daß manche die Zimmer damit austapezierten, viele tausende Kleinkapitalisten und Kleinbürger kamen um ihr Geld.

Der Zusammenbruch der Zahlungsmittel der ehemaligen Mittelmächte brachte nach dem Kriege die entgegengesetzte Erscheinung. Die Kronen- oder Markbesitzer suchten Anteil an Sachwerten oder an der lebendigen Natur (Bergwerke, Fabriken) zu erwerben. Die Werte der Aktien kletterten rasch in die Höhe, alle großen und kleinen Spekulanten wollten kaufen, ein Fieber hat die Kapitalisten ergriffen. Die patentierten Patrioten, als die sich die deutschen Kapitalisten immer hinstellen, kaufen Aktien und fremde Devisen, wodurch der Kurs der Mark noch mehr herabgedrückt wird. Selbst ein literarisches reichsdeutsches Blatt muß zugeben, „daß große Volksteile sich nicht schämen, gegen die Wohlfahrt des eigenen Landes zu spekulieren,“ eine Erkenntnis, die für uns Sozialdemokraten gar nichts Neues bedeutet. Wo

es sich um den Profit der Kapitalisten handelt, sind ihnen menschliche Wohlfahrt, Vaterland, und wie all die schönen Dinge heißen, die man den breiten Massen der Bevölkerung so gerne predigt, die gleichgültigsten Dinge von der Welt. Die Kapitalisten, ob sie nun den Stern Davids oder das Hakenkreuz anbeten, haben nur den einen brennenden Wunsch, aus Deutschlands Not Kapital zu schlagen, neue Reichtümer sammeln sich in ihren Händen, während die Arbeitererschaft infolge des gesunkenen Marktkurses ihre Lebenshaltung bedroht sieht. Auch der jetzige Börsentaumel beweist die Wahrheit der einfachen, aber alten Lehre, daß alle Börsenspekulationen dazu dienen, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden.

Der Berliner Börsentaumel. Berlin, 10. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokraten“.) An der Berliner Börse hat Freitag eine neue Devisenbauffe eingesetzt, sobald ein Dollar am Samstag auf 101 1/2, die tschechische Krone von 117 auf 122 Mark stieg. Die seit einigen Monaten anhaltende Verschlechterung der deutschen Valuta macht sich bereits in einer maßlosen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse bemerkbar. Die Lohnerhöhungen, die die Arbeitererschaft jetzt durchsetzt hat, sind inzwischen durch die neuen Preissteigerungen längst überholt, sobald die Arbeiter aufs Neue vor die Notwendigkeit gestellt sind, Forderungen zu erheben.

Die oberschlesische Frage soll bald entschieden werden.

London, 9. September. Reuter meldet aus Genf, daß der Sonderausschuss des Völkerbundes zur Behandlung der oberschlesischen Frage tätig an der Arbeit ist. Der Ausschuss wird den Bericht nicht einen Augenblick länger verzögern, als es für die angemessene Erwägung der Frage notwendig ist. (Vielleicht trug zu diesem löblichen Entschlusse das Urteil des persischen Delegierten bei, daß sich die Frage zu einem „europäischen Stande“ auszuwachsen beginnt.)

Ruhe in Oberschlesien.

Am 8. ds. M. sprach in einer Presskonferenz Dr. Dulacek in Berlin über Oberschlesien. Ein Aufschuß sei kaum zu erwarten, würde auch von England nicht zugelassen werden. Meldungen aus Malibor, die aus privater Quelle zu stammen scheinen, sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. In Rybnik und Umgebung ist ein entschiedener Umschwung der Meinung nach der deutschen Seite hin festzustellen. Die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien ist sehr schlimm. Die Presse sollte versuchen, zu erreichen, daß der Völkerbundrat die Lage an Ort und Stelle studieren möge. Zunächst wird eine Rückführung der beiderseitigen Flüchtlinge in die Wege geleitet. Es handelt sich um 25.000 bis 30.000 deutsche Flüchtlinge und 2000 polnische Flüchtlinge. Langsam und einzeln werden die Leute in diejenigen Orte zurückgeführt, wo die Verbringung genügend weit vorgeschritten ist. Eine zweite Abstimmlung sei unwahrscheinlich. Auch die Entente wünsche sie kaum.

Bayern und das Reich.

München, 10. September. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ bezeichnet es als Ziel gewisser Kreise, durch einen Militärputsch die Diktatur in Bayern aufzurichten und fordert die Arbeiter demgegenüber zur höchsten Bereitschaft auf.

Kahe scheint sich wieder sicherer zu fühlen. Berlin, 10. September. Der „Sozialanzeiger“ erfährt aus München: Bayern verlangt, daß gegenüber den Reichsautonahmeverordnungen vom 29. August die Landeszuständigkeit gewahrt bleibe. Bayern verlangt ferner unveränderte Aufrechterhaltung seines Ausnahmezustandes bis zur befriedigenden Aenderung der Verhältnisse. Im Ministerrate soll Ministerpräsident von Raab bereits seinen Rücktritt angekündigt haben, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werde. Mit den Führern der Koalition werde Samstag vormittag beraten und dann der Landesausschuss mit der Sache betraut werden. — Auch das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß sich im Laufe des Ministerrates die Aussichten auf eine glatte Annahme der Berliner Vorschläge verschlechtert hätten, sodas möglicherweise mit einer erneuten Stockung der Verhandlungen zu rechnen sei.

Die Haltung der Mehrheitsler und der Unabhängigen.

Berlin, 10. September. Ein Münchener Telegramm des „Vorwärts“ betont, daß die bayerische Sozialdemokratie und die in enger Fühlung mit ihr stehenden Unabhängigen keineswegs an eine gewalttätige Aktion in ihrem Kampfe gegen die Regierung Raab denken. Die bayeri-

sche Arbeitererschaft halte sich nach wie vor der Generalstreik und unter Umständen auch den Volksentscheid auf demokratischer Grundlage zwecks Abtrennung Nord-Bayerns von einem unbefehrbaren Nord-Bayern vor. Die bayerische Sozialdemokratie werde aber niemals die Hand zu einem putschistischen Vorgehen in Nord- oder Süd-Bayern, wie etwa die Ausrufung einer neuen Republik Nord-Bayern gegen den Willen der Volksmehrheit hergeben.

Die „Freiheit“ meldet aus München, daß dort ein großer Transport Reichswehr aus Nord-Deutschland eingetroffen ist und fragt, ob das Reichsministerium etwas von diesem Transporte weiß und was damit beabsichtigt ist.

Verhaftung eines unabhängigen Abgeordneten. Berlin, 10. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokraten“.) Heute Nachmittags wurde in München der unabhängige Landtagsabgeordnete Fischer wegen einer Rede verhaftet, die er vor einigen Tagen in einer U. S. P.-Versammlung gehalten hat. Da seither mehr als 24 Stunden vergangen sind, so handelt es sich um einen Bruch der parlamentarischen Immunität. Die U. S. P.-Fraktion hat Schritte unternommen, um eine Freilassung des Genossen Fischer zu erreichen.

Das polnische Kabinett Witos zurüdgezogen.

Warschau, 10. September. (Funk.) Das Kabinett Witos ist zurückgezogen.

Rückzug der Österreicher aus dem Burgenland.

Wiener-Neustadt, 10. September. Die Räumung des Burgenlandes ist bereits durchgeführt. Sie hat sich im Laufe der Nacht reibungslos vollzogen. Mit den Gendarmen sind auch die Zivilbehörden zurückgezogen, die noch in Westungarn anhielten. Auch die militärischen Vorkehrungen zum Schutze der Grenze wurden noch im Laufe der Nacht vollständig durchgeführt. Am Neusiedler Gebiete waren die Gendarmen schwer zu bewegen, das Land zu verlassen. Der Wiener-Neustädter Stadtrat trat in Vermanung, um Vorkehrungen für die Unterbringung, Verpflegung und Bekleidung der Flüchtlinge zu treffen. Die Flüchtlinge werden in rückwärts gelegenen Orten verteilt werden. Der Strom der Flüchtlinge hat bereits in der Nacht eingesetzt, namentlich die gewesenen ungarischen Funktionäre, die in österreichische Dienste übergetreten sind und nun Verfolgungen vonseiten der ungarischen Regierung befürchten, haben das Burgenland verlassen. Da der Entschluß der Entente, Truppen nach Westungarn zu senden, möglicherweise bereits im Laufe des morgigen Tages gefaßt werden wird, würden die ursprünglich für Oberschlesien bestimmten italienischen Truppen vorläufig auswohngoniert und bleiben in Wiener-Neustadt, um nötigenfalls in Westungarn eingesetzt werden zu können, sofern es die Lage in Westungarn erfordern sollte. Jedenfalls würden, wenn die Entente das Mandat zur Besetzung des Landes erteilt, die Italiener die Exekutoren dieses Mandates sein. Insgesamt sind gegenwärtig italienische Truppen in der Stärke eines Bataillons in Wiener-Neustadt.

Scharfe Maßnahmen der Entente gegen Ungarn?

Rom, 9. September. Die italienische Presse drückt ihre vorbehaltlose Zustimmung zu dem auf italienische Anregung in Budapest unternommenen energischen Schritt aus, der Ungarn zwingen soll, die Grenzverletzungen einzustellen, die ein Chaos in Mitteleuropa entzesseln. „Corriere d'Italia“ erklärt, daß die Consulta ihren Vertreter in Paris und Budapest die energischsten Instruktionen habe zukommen lassen. Der italienische Delegierte in der Vorkonferenz habe auf Grund dieser Instruktionen die Notwendigkeit einer energischen Intervention in Budapest betont, um die magyarische Regierung zur strengen Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Der italienische Antrag wurde von den Alliierten angenommen, sodas die Intervention gegen die Budapest Regierung einen außerordentlichen strengen Charakter angenommen habe, der seine Wirkung nicht verfehlen könne. Die römische „Tribuna“ sagt: Es sei nötig, unerbittlich stark, einzig und streng zu sein, um nicht morgen wegen der verderblichen Folgen einer unverständenen Benevolenz getadelt zu werden.

Energische Schritte Italiens.

Berlin, 10. Sept. (Tsch. P. B.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, daß der römische Korrespondent des „Secolo“ im italienischen Außenministerium die Nachricht bestätigt erhielt, daß Italien in Buda-

vest einen äußerst energischen Schritt unternehmen werde, um Ungarn zu veranlassen, von den militärischen Angriffen an der westungarischen Grenze abzugehen.

Nach Schöber hofft das Beste.

Wien, 10. Sept. (Tsch. P. B.) Bundeskanzler Schöber erklärte gegenüber einer Abordnung der Bewohner des Burgenlandes, nach seinem Dafürhalten werde in der nächsten Zeit eine günstige Entscheidung bezüglich Westungarns erfolgen und es sei ein bewaffnetes Einschreiten Italiens zu erwarten. Von Oesterreich könne nicht verlangt werden, das Leben der Gendarmen einer Gefahr auszuweichen, und deshalb sei der Entente erklärt worden, daß Oesterreich die Gendarmerie aus dem Burgenlande abberufe und ein Einschreiten seitens der Entente selbst notwendig sei.

Doch Ostzenburg rückt weiter vor . . .

Budapest, 9. Sept. (Tsch. P. B.) Nach einer Meldung des Ung. L. R. B. aus Ostzenburg hat Major Ostzenburg seine Vorposten auf die Linie Brennberg-Lepesfalva vorgeschoben.

Ungarn bleibt vom Völkerbund ausgeschlossen.

Paris, 9. Sept. (Tsch. P. B.) Die Republique Francaise erklärt in einem Leitartikel über die Arbeiten des Völkerbundes, das Ansuchen der ungarischen Regierung um Zulassung zum Völkerbunde habe keinerlei Aussicht auf Erfolg, da der Widerstand Ungarns gegen die Durchführung des Vertrages von Trianon und in der Frage der westungarischen Komitate den ungünstigsten Eindruck in Genf gemacht habe.

Der Ueberfall aus Burgenland.

Die „Arbeiterzeitung“ knüpft an die Zurückziehung der Gendarmen auch aus der Zone I sehr ernste Betrachtungen an. Sie fürchtet, daß jener Teil der Bevölkerung, der sich deutlich zu Deutschösterreich bekannt habe, nunmehr allen Grausamkeiten der Horthybanden ausgesetzt sei, und ist auch um das Wiener-Neustädter Industriegebiet besorgt, welches nun die Magyaren unmittelbar in angenehme Nachbarschaft bekommt. Die Arbeiterschaft müsse in solcher Gefahr ruhig Blut bewahren, aber auch Gewehr bei Fuß Wache halten. Das Kräftepiel, das hinter den Kulissen um die Intervention in Budapest begonnen hat, wird scharfsichtig aufgedeckt: Tschechien und Jugoslawien wollen intervenieren, um das Burgenland als Brücke zu einander zu benutzen. Um das zu verhindern, möchte Italien am liebsten selbst einmarschieren. Eine solche Demütigung des braven Horthy paßt wieder den reaktionären Franzosen nicht und darum bremsen sie. Und um solcher Schwächegeelen willen müssen Menschen sterben, muß ein friedliches Land fürchtbares leiden! Auch das ist eine Illustration zum Kapitel „Völkerbund.“

Hilfe für Rußland.

Ein Transporthilfschiff unterwegs.

Berlin, 10. Sept. Die Blätter melden aus Stettin: Dort ist der Dampfer „Triton“ eingetroffen, der die deutsche Hilfs Expedition nach Rußland bringen soll. Das Schiff führt die Flagge vom Roten Kreuz und hat eine Ladung im Werte von mehreren Millionen an Nahrungsmitteln und Medikamenten an Bord. Die Hilfsmittel soll die Expedition selbständig verteilen. Das Schiff wird in Petersburg stationiert bleiben.

Rausens Resolution.

Genf, 9. September. Völkerbundsversammlung (Schluß.) In seiner Rede brachte Rausen am Schluß seiner Rede folgende Resolution ein: Die Versammlung überweist einem Ausschuss das Problem der Hungersnot, richtet einen dringenden Aufruf an die Regierungen, damit sie die notwendigen Kredite gewähren und fordert den Völkerbund auf, internationale Kreditorganisationen zur Verfügung zu stellen, zum Zwecke der Verwendung der verfügbaren Summen und der Kontrolle der von der russischen Regierung als Garantie und Bürgschaften gelieferten Pfänder.

Die russische Hungersnot.

Das internationale Hilfswerk gefährdet.

London, 10. September. (Reuter.) Nach einer Mitteilung von zuständiger Seite liegen in London Hinweise darauf vor, daß die Regierung der Sowjetregierung, dem alliierten Unterstützungsausschuss eine Prüfung der Verhältnisse in Rußland zu gestatten, auf der Absicht der Sowjetregierung beruhe, eine Hilfe seitens der Alliierten abzulehnen.

London, 10. September. (Reuter.) „Morning Post“ kommentiert die anmaßende

Antwort Tschischewins auf die Note des Präsidenten der Internationalen Hilfskommission, Rouleus, und fügt hinzu, daß die Alliierten vor dieser Unnachgiebigkeit nicht zurückweichen könnten. Das Blatt erblickt in den Vorschlägen Rausens keinerlei bestimmte Bürgschaften dafür, daß die Hilfe des Roten Kreuzes den Bedürftigsten zuteil werde. Es sei klar, daß die Bolschewiken die Aktion zu politischen Zwecken ausnützen.

London, 10. September. Reuter erfährt, daß die Mitglieder der interalliierten Hungersnotkommission für Rußland bzw. ihre Vertreter zusammenkommen werden, um die Antwort der Sowjetregierung auf ihre Vorschläge zu erörtern. Es hat den Anschein, als ob die Antwort der Sowjetregierung die Auflösung der Kommission nach sich ziehen würde.

Die schwarze Internationale.

Paris, 9. Sept. Die „Agence Havas“ meldet aus Rom: Starco, der politische Sekretär der Volkspartei, und drei Abgeordnete der Volkspartei begeben sich nach Deutschland um mit führenden Persönlichkeiten des katholischen Zentrums über internationale Abkommen unter den katholischen Europas zu verhandeln. Zu dem gleichen Zwecke werden sich dann Starco und seine Freunde auf ihrer Rückreise in die Tschechoslowakei, nach Oesterreich und Ungarn begeben.

Das Schmerzenskind von Portorose.

Rom, 10. September. (Havas.) Die Konferenz in Portorose, auf welcher die Beziehungen der Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns geregelt werden sollen, wird anfangs Oktober zusammentreten. (Zeit war's und notwendig war's auch. Aber die Eiferfucht der Nachfolgestaaten läßt uns ernstlich daran zweifeln, ob die so oft verschobene Konferenz nicht wieder verschoben werden wird.)

Der Völkerbund über künftige Kriege.

Wasch mir den Pelz . . .

(Tsch. P. B.) Genf, 9. Sept. In der gestrigen Sitzung nahm der Ausschuss für Änderungen des Völkerbunds Paktes eine Entschließung an, welche die Tragweite und den Sinn des Artikels 10 des Völkerbunds Paktes genau umschreiben soll. Sie hat folgenden Wortlaut:

Es ist nicht der Zweck des Art. 10, die territorialen und politischen Organisationen, besonders wie sie zur Zeit der jüngsten Friedensverträge bestanden und ausgerichtet wurden, zu verewigen. Art. 10 des Paktes stellt den Grundsatz auf, daß in Zukunft die Ausbreitung keinen Angriff mehr dulden könne als Werkzeug der Veränderung des territorialen Bestandes und der politischen Unabhängigkeit der Staaten der Welt. Deshalb haben die Mitglieder an erster Stelle die Verpflichtung übernommen, die territoriale Integrität und gegenseitige politische Unabhängigkeit aller Mitglieder zu achten. Zweitens — haben sie sich verpflichtet, die Integrität und Unabhängigkeit gegen jeden äußeren Angriff von seiten eines Mitgliedsstaates oder eines Nichtmitglieds zu achten. Zum Zwecke der Ausführung dieser zweiten Verpflichtung hat der Rat Mittel im Auge und zwar nicht nur im Falle des vollendeten Kampfes, sondern auch im Falle der Angriffsfähigkeit oder Angriffsbetrohung. Er wird diese Aufgabe dadurch erfüllen, daß er den Mitgliedern Rat schläge erteilt, die jeweils am zweckmäßigsten sind, unter Berücksichtigung der Art. 11, 12, 13, 15, 16, 17 und 19 des Paktes

Die Reaktion in Rumänien.

Bukarest, 9. Sept. (Tsch. P. B.) Durch eine Entscheidung der Unifikationskommission wurde wiederum die Zensur sämtlicher Hätter in Transilvanien eingeführt. Minister Groza hat diese Maßnahme mit scharfen Angriffen eines gewissen Teiles der Presse, durch welche die Konsolidierung des Staates bedroht ist, begründet.

Eine Wirtschaftskonferenz der Randstaaten mit Rußland.

Berlin, 10. September. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Reval: Die für September geplante Wirtschaftskonferenz Finlands, Lettlands, Estlands und Litauens unter Teilnahme Sowjetrußland ist auf Oktober verschoben worden. Die Sowjetpresse bringt der Konferenz reges Interesse entgegen und veröffentlicht das Programm der russischen Delegation. Die Sowjetdelegation will u. a. den Vorschlag machen, einen ständigen Wirtschaftsausschuss zu schaffen, der die Wirtschaftstätigkeit der interessierten Staaten vereinheitlichen soll.

Reden in der Völkerbundsversammlung.

Genf, 10. September. (Wolff.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung ergriff der österreichische Delegierte Rausendorff zum erstenmal das Wort. Er dankte dem Völkerbunde und den Vereinigten Staaten für die Oesterreich gewährte Hilfe, vor allem auch für die Suspendierung der Hypotheken. Er wies auf die Eile des unternommenen Hilfswerkes hin, da sonst wieder gefährliche Ermüdung im österreichischen Volke platzgreifen würde, das sich wieder der Arbeit und der Erfüllung seiner Verpflichtungen zugewandt habe. Hierauf hielt Spalaitowitsch (Jugoslawien) über die Frage des Schutzes der Minoritäten und den Konflikt mit Albanien eine Rede. Er wies die albanischen Proteste im Völkerbunde gegen Jugoslawien lebhaft zurück. Nach der Rede Spalaitowitschs ergriff Balfour (England) zu einer großen politischen Rede das Wort. Er entgegnete Spalaitowitsch und tabelte ihn, daß er in der Debatte die Aufnahme Albanien erörtert habe. Es habe keinen Zweck, alte Streitigkeiten wieder aufzurollen. Balfour gab ein kurzes und klares Exposé der verschiedenen Proteste Albanien beim Völkerbunde, ohne auf deren Inhalt einzugehen und wies mit großer Entschiedenheit die Kritik zurück, die Branting an der Tätigkeit des Rates geübt habe. Es bekümmere ihn tief, daß ein so allgemein geschätzter und geachteter Mann wie Branting dem Rate vorwerfe, daß er den Eindruck mache, das Organ einer Mächtigkeitsgruppe zu sein. Die Enttäuschung Cecilis über die geringen Fortschritte der Abrüstung seien berechtigt, doch hätten die Länder Mitteleuropas ihre Abrüstung begonnen und auch andere Länder beginnen damit. Man müsse bedenken, daß der Völkerbund mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Wer könne behaupten, daß die Abrüstung weiter leicht möglich sei, wer dürfe erklären, daß es keinen Krieg mehr gebe? Daher sei es schwer, entscheidende Arbeit zu verrichten. Auch rechnete man bei der Gründung des Völkerbundes auf den Beitritt aller Staaten. Dadurch, daß verschiedene Staaten dem Völkerbunde nicht angehören, entbehre man nicht nur der Rat schläge dieser Staaten, sondern auch der Autorität, die ihre Mitarbeit im Völkerbunde verlangen dürfe. Der Völkerbund könne auch nicht abrüsten, wenn Staaten, die ihm nicht angehören, die Abrüstung nicht vornehmen. Dasselbe gilt für die Fabrikation und den Verkauf von Munition. Nach dieser Anspielung auf Amerika, dessen Name nicht genannt wurde, machte Balfour die Kritiker im Völkerbunde darauf aufmerksam, daß eine bedeutende Arbeit vollendet sei. Der Völkerbund habe viele Konflikte geregelt, er regiere über Gebiete, er habe den internationalen Gerichtshof gegründet, er bekämpfe die Geißel der Krankheiten usw. Mit großem Nachdruck warf Balfour die Frage auf: Wenn morgen der Völkerbund abgeschafft wird, wer sollte sich mit allen Werken befassen, die er in Genf vollbracht hat? Er schloß unter starkem Beifall mit einem Appell zum Wiederaufbau der Welt. — Zur Frage des internationalen Hilfswerkes für Rußland machte der Präsident der gemischten Roten Kreuz-Kommission, Ador, längere Ausführungen über das internationale Hilfswerk für Rußland und schloß sich dem Appell Rausens an. Er sei überzeugt, daß, wenn die russische Regierung ihre Verpflichtungen loyal ausführe, das Hilfswerk zum Erfolge führen könne. Er verlange die absolute Garantie, daß die geplante Untersuchungskommission in Rußland ihre Arbeiten ungehindert ausführen könne. Er betonte den unpolitischen Charakter der Untersuchungskommission. Es würde den Traditionen des Roten Kreuzes widersprechen, wenn es sich zur Unterstützung irgendeiner politischen Tendenz hergeben sollte. Ador schloß mit dem lebhaftesten Ausdruck seines absoluten Vertrauens in die Zukunft des Völkerbundes.

Lenin: „Wir werden unser wirtschaftliches Betätigungsfeld einschränken.“

Berlin, 9. September. (Tsch. P. B.) In einer Sondernummer der „Pravda“ ergreift Lenin nochmals das Wort zu dem neuen Kurs in der Politik der Sowjetregierung. Gegen die Menschewiki wie auch gegen die Linkskommunisten polemisierend führt er aus: Wir werden große Zugeständnisse machen. Sie sind nicht gefährlich für ein Proletariat, das sich in der Stellung der herrschenden Klasse befindet. Wir werden die Einkommensteuer beschleunigen. Wir werden solche Unternehmungen verpacken, ohne die wir auskommen können, und wir werden nicht mit Konzessionen für ausländische Kapitalisten sparen. Ein Bloß des pro-

letarischen Staates und des Staatskapitalismus ist notwendig als Gegengewicht gegen das Kleinbürgertum. Er muß in einer durchgedachten und vorsichtigen Weise verwirklicht werden. Wir werden unser wirtschaftliches Betätigungsfeld beschränken, aber gleichzeitig alle unsere Kräfte auf dem so verringerten Felde zusammenfassen. Die Sowjetregierung steht zur Zeit vor einer besonders schweren Aufgabe. Sie muß den Austausch zwischen Landwirtschaft und Industrie organisieren.

Eine neue Schimpferei Sinowjews.

Das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale, gezeichnet hat Sinowjew, veröffentlicht einen offenen Brief an die kommunistische Arbeiterpartei, in der er sie zum Zusammenschluß mit der kommunistischen Partei ermahnt. Nachdem die Führer der Sozialdemokraten beschuldigt werden, daß sie die Arbeiter an den Imperialismus ausgeliefert hätten und Hinführung und Krispian, die Führer der Unabhängigen, als Verräter an der Revolution beschimpft werden, sagt Sinowjew: „In den Zeiten der Ringens zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dieses Ringens auf Leben und Tod, kann die Herrschaft der Arbeiterklasse nur erobert, gehalten und immer wieder aufs neue gehalten werden durch die in der kommunistischen Partei organisierte Kraft der bewußtesten, kühnsten, aufopferungsfähigsten und rücksichtslosesten Teile des Proletariats. Auch ihr seid berufen, diese Aufgabe, die schwerste und die hehrste der Geschichte zu erfüllen, und darum rufen wir euch zu: Macht euch frei von jenen, die euch an der Erfüllung dieser Aufgabe hindern wollen. Macht euch frei von den Vorurteilen, die euch selber hemmen und fesseln. Haltet euch vor Augen die Tatsache, daß eure Theoretiker dort, wo sie die Politik der kommunistischen Internationale kritisieren, stets im Wesen dieselben Argumente bringen wie die elenden Verräter von Menschewiki und ähnlichem Gesindel: In der Frage der Gewerkschaftstaktik, in der Frage der Zentralisation der Partei, der Partei- oder Klassenbittatur, Kronstadts usw. Wir bezweifeln nicht einen Augenblick den ersten, revolutionären Willen dieser Genossen.“ Nach dieser Theorie ist also nicht mehr die Arbeiterschaft als Klasse die Trägerin der sozialen Revolution, sondern lediglich ein „kühner“ und „entschlossener“ Vortrupp und die kommunistische Sekte darf die Diktatur ausüben. Das ist Anarchismus und Putschismus vom reinsten Wasser!

Inzwischen spalten sich die Kommunisten in Deutschland weiter. Die kommunistische Abgeordnete Frau Wadwig ist aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten und bleibt vorläufig als „Wilde“ im Reichstag. Den gleichen Schritt hat bereits vor einiger Zeit der kommunistische Abg. Teuber unternommen, so daß es jetzt drei kommunistische Richtungen allein im Reichstage gibt, und zwar: die eine Richtung verkörpern die vier aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abg. Levi, Geier, Düwell und Reich, die zweite wird von den beiden kommunistischen „Wilden“ gebildet und in der dritten Richtung verbleiben die übrigen Kommunisten, zu denen noch der Abg. Herzfeld (Mecklenburg) gehört, der von seinem Wahlkreise vor wenigen Wochen als unfähig zur Bekleidung öffentlicher Ämter erklärt wurde.

Genf, 10. September. (Tsch. P. B.) Die „Grazzer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Der Ministerrat erörterte das Budget für 1922. Es wies zuerst 7 Milliarden Dinars Ausgaben gegen 4 1/2 Milliarden Einnahmen auf. Der Ministerrat nahm verschiedene Erleichterungen vor, so daß sich die Ausgaben auf fünf Milliarden belaufen und das Defizit eine halbe Milliarde beträgt.

Paris, 10. September. (Tsch. P. B.) Nach einer Havasmeldung aus Warschau haben die Polen ein umfassendes bolschewistisches Komplott, das in Warschau organisiert worden war, entdeckt. In den revolutionären russischen Kreisen sind ungefähr 20 Verhaftungen vorgenommen worden.

London, 9. September. (Tsch. P. B.) Gestern kam es in Dundee zu neuen Ausschreitungen. Fast alle Schaufenster wurden zertrümmert. Die ganze Polizeimacht mußte aufgeboten werden.

Melilla, 9. September. (Havas.) Die Spanier haben den Angriff gegen die besetzte Stellung in Odiamedelchachi abgeschlossen. Die Stämme in der Umgebung von Melilla haben um Frieden gebeten.

Schulreform.

Durch die Macht wirtschaftlicher Tatsachen und neuer sozialer Gestaltungen werden überlieferte Ideologien zerstört, weil ihnen die sachliche Grundlage entzogen wird. Wie bei lebenden Organen durch Mißbrauch funktionslos, zu Störungen im Gesamtorganismus werden und im Interesse von dessen ungestör-

ter Funktion entfernt werden müssen, so auch im Bau und Leben des sozialen und staatlichen Organismus. Die Schule hat nach dem vielzitierten Worte fürs Leben zu erzählehen, also sozialorganische Funktionen zu erfüllen. Dem wird sie heute nicht gerecht. Die Schulmeister, nicht durch eigene Schuld, haben übersehen, daß das Leben inzwischen ein anderes geworden ist, daß die große Gewalt der wirtschaftlichen Verhältnisse und der mit ihnen zusammenhängenden sozialen Veränderungen neue, bisher ungekannte Probleme gestellt hat, die an die Ueberlieferung nicht anknüpfen, sondern sie zerstören. Auf die Schule von gestern hatten die Mächte von gestern Bescheid. Die Kinder zu braven Dienern der Kirche, zu folgamen Sklaven der Grundherren zu machen, war das, was die Zeit, da Kirche und Großgrundbesitz herrschten, von der Schule, soweit sie schon bestand, erwartete. „Für die Sklaven, die das Land bebauen, ist es zuträglich, daß sie stark und körperlich, aber schwach im Verstande sind. So werden sie nützlicher sein für die Bearbeitung des Landes und nicht ausarten in Umrtriebe wider ihre Herren.“ Diese Worte, welche Thomas von Aquino in einem Kommentar zur Schrift des Aristoteles über Politik schrieb, drücken den Standpunkt der mittelalterlichen Machtklassen zur Jugend-erziehung aus. Die Jugend sollte zu Bürgern des Gottesreiches gemacht werden, sie sollte, aus der Ideologie in die Wirklichkeit über- setzt, willig und untertänig werden einem diesseitigen Kirchen- und Großgrundbesitzer. Die Kinder der herrschenden Stände freilich mußten schon damals mehr lernen, um die Herrschaft ihrer Väter übernehmen zu können.

Grundsätzlich hat an diesem Verhältnis die bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht viel geändert. Die Schule wurde allerdings nicht mehr in den Dienst der Kirche und ihrer sozialen Verbündeten gestellt, sondern der neuen Herren. Auch war natürlich die Ideologie weltlicher geworden. Der moderne Kapitalismus forderte von seinem Sklaven, daß sich sein Gehirn auf neue Begriffe einstelle. Im Namen der „Freiheit“ wurden die Kämpfe um die neue Schule geführt, im Namen der „Weltanschauung“ u. des „Bildungsideal“. An der Abhängigkeit der Schule von den Zwecken, die die neuen Herren der Schule setzten, ist ihre weitere tatsächliche Unfreiheit zu erkennen.

Auch das neue „Bildungsideal“, in dessen Dienst die bürgerliche Presse die Schule gestellt wissen will, ist so sinnlos geworden wie ihr ganzes Gesellschaftsideal. Der unwissende Arbeiter ist auch als Ausbeutungsohject des Finanzkapitalismus historisch und ökonomisch unmöglich geworden. Nicht weil die Bürgerlichen das Unrecht eines Bildungsprivilegs empfinden oder des „sozialen Ausgleichs“ wegen, wie sie behaupten, müssen die Kumpen der privatkapitalistischen Produktionsweise den Arbeitern ein größeres Wissen und eine höher organisierte Schule zugeteilt (im Inneren denken sie noch so mittelalterlich wie Thomas von Aquino), sondern weil die Rolle des Arbeiters in modernen Produktionsprozess auch für ihn ein größeres Wissen nötig macht, mag er auch sonst nur die Last der Ausbeutung zu fühlen bekommen und von den Vorteilen der Lohnneigung ausgeschlossen sein. Nicht nur in der Produktionstechnik, auch in der sozialen Technik machen sich die Besigenden die Errungenschaften der Wissenschaft zu eigen. Menschökonomie, bessere Ausnützung der menschlichen Kräfte, Ziele, die für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft überaus fruchtbar sind, die auch in Sowjetrußland ernste Erörterung finden, sind zu einem Ideal der Schulreform im Rahmen der bürgerlichen Welt geworden. Den Anzeffekt der Einzelleistungen auf ein Maximum zu bringen, ist auch in der bürgerlichen Gesellschaft ein Schulreformziel geworden, um deswillen sich diese für die Umwandlung unserer völlig unzulänglichen Schule in eine Einheits- und Arbeitsschule interessieren.

Ist dies für die Sozialisten ein Grund, dieses Schulideal zu verwerfen? Keineswegs, sondern ein Antrieb, den guten Gedanken seiner privatkapitalistischen Ausnützung zu entreißen, ihn dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft dienstbar zu machen. Durch die Dialektik der Geschichte wird die bürgerliche Gesellschaft in die Rolle gezwungen, vieles zu tun, wodurch sie Werkzeug von ihr feindlichen Gestaltungen wird, durch die sie den Boden ihrer eigenen Herrschaft untergräbt. Je mehr ihre eigenen Arbeitssklaven, um den Anforderungen der kapitalistischen Produktion gerecht zu werden, lernen müssen, desto mehr Waffen zum Kampfe wider diese Gesellschaftsordnung bekommen sie in die Hand. Durch alles, was die bürgerliche Klasse im eigenen Klasseninteresse zu tun gezwungen ist, gräbt sie ihr eigenes Grab. Sie muß ihren Klassengegnern selbst die Waffen gegen sich in die Hand drücken. Mit der Schule, die sie auch für die Arbeiter zu fordern ge-

zwungen ist, um den immer ausgedehnteren Apparat der kapitalistischen Produktion zu versorgen, sät sie den Ast ab, auf dem sie sitzt.

Aus diesem Grunde ist es nicht beunruhigend, daß der Ruf nach der Einheits- und Arbeitsschule, worin sich im allgemeinen der große moderne Schulreformgedanke ausdrückt, nicht bloß von Sozialdemokraten erhoben wird, sondern stärksten Widerhall findet bei den Pädagogen und Politikern bürgerlicher Willensrichtung. Die strenge Scheidung zwischen Volks- und Mittelschulen, die Sonderung zwischen den einzelnen Mittelschultypen selbst, die dabei den Begabungsrichtungen gar nicht parallel gehen, die Unkenntnis und Uninformiertheit der Schule über die wichtige Frage des Bedarfs an Menschen der einzelnen Berufsgruppen, die Belastung des Unterrichts mit einem veralteten, einem überwundenen Bildungsideal entnommener Stoffe, das Fehlen lebenswichtiger Gegenstände in unserem Lehrpläne, die Lücke einer Berufsberatungstelle, in die Menschen aus Schule und Leben eintreten sollen und noch andere Mängel im Lebensorganismus unserer Schule können nicht rasch genug behoben werden. Die schädliche Wirkung derselben müssen sich in einer Zeit multiplizieren, in der die Vernichtung zahlloser Menschenleben den ökonomischen und sozialen Wert jedes einzelnen erhöht hat.

Oesterreich hatte nach dem Kriegszusammenbruch das Glück, daß Männer, welche die ungeheure Bedeutung der Schulreform für den Wiederaufbau der Gesellschaft erkannten, zu großem politischen Einfluß kamen. Sie haben unter größten Schwierigkeiten ein Werk der Schulreform begonnen, dessen gewaltige Konzeption für andere Staaten als Vorbildlich gelten kann. Aus der Not der durch Kriegs- und Nachkriegszeit verringerten Kinderzahl in den Wiener Schulen haben sie die Tugend ihrer Schulreformbestrebungen gemacht, zu der sich jetzt die Lehrerschaft begeistert bekennt. Es sind meist Sozialisten, die das vollbracht haben. Das ist ja auch der Grund, warum die Christlich-sozialen die Sache, die trotz allem keine bloße politische Parteisache ist, mit ihrem Hass verfolgen und zu zerstören suchen.

Das sozialistische Schul- und Erziehungsideal erschöpft sich natürlich nicht in einer Umorganisation des Schulwesens. So wichtig die Aufgabe der Einheits- und Arbeitsschule auch ist, da sie den richtigen Menschen an die richtige Stelle bringen, die Begabungen rechtzeitig erkennen, mit den richtigsten Mitteln fördern, da sie auch ein wünschenswerter Ausleseapparat werden und jedem das seiner Begabung zukommende geben will, der Sozialismus will von der Schule noch mehr. Er will ihr den Stempel seines Geistes aufdrücken, sie zum Gesicht seines großen Kultur- und Menschheitsgedankens machen. Er kann dies nicht mit einemmale und nicht sofort. Doch wäre es ein Verbrechen das Gute von heute wegen des Besseren von morgen zu vernachlässigen, dem proletarischen Kinde auch in seinem schweren Lebenskampf die unmittelbar nötige Waffe einer besser organisierten Schule werden. Solange der Sozialismus nicht herrscht und nicht sein ganzes Schulideal gestalten kann, müssen in den Dienst speziell sozialistischer Erziehungsarbeit die Einrichtungen gestellt werden, die sich die Partei selber geschaffen hat, ihre Bildungsorganisationen, die heute schon von den Kinderfreundevereinen hinausreichen bis zur Volksschule, und an denen die kulturpolitisch interessierten Genossen mit Freude und Erfolg arbeiten. Damit werden sie ergänzen, was auch die Einheits- und Arbeitsschule dem sozialistischen Ideal im Zeitalter der bürgerlichen Gesellschaft schuldig bleibt.

Agrarische oder sozialistische Bodenreform?

Von Wenzel Jasko.

Für heute, Sonntag, hat der tschechoslowakische Verband der Landarbeiter eine Manifestation der Arbeiter und Angestellten des Großgrundbesitzes nach Prag einberufen, damit sie für eine Berücksichtigung ihrer Existenzfragen bei der Durchführung der Bodenreform demonstrieren. Diese Veranstaltung ist wohl als Gegenkundgebung gegen den Pfingstaufruch der tschechischen Agrarier gedacht, die damals durch einen Massenaufzug nach Prag ihren Einfluß im Bodenamt und in der Regierung noch verstärken wollten. Wir wünschen, daß die Kundgebung der tschechischen Landarbeiter und Güterbeamten einen imposanten Verlauf nehmen möge, wir bezweifeln aber, ob selbst in diesem Falle die beabsichtigte Wirkung erzielt wird. Die Größe der Gefahr, die aus der gegenwärtigen Durchführung der Bodenreform der Landarbeiterschaft und dem gesamten Proletariat erwächst, erfordert ganze Maßnahmen.

Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß die sogenannte Bodenreform im tschechoslowakischen Staate nicht im sozialistischen, sondern im agrar-kapitalistischen Sinne durchgeführt wird, daß sie keine Maßnahme für den Sozialismus, sondern eine Aktion gegen den Sozialismus ist. Das Ziel der tschechischen Agrarier, die da im engsten Bündnis mit ihren deutschen Standesgenossen vorgehen, ist, durch die Verwirklichung des Großgrundbesitzes eine weitgehende Mehrung des großbäuerlichen Eigentums herbeizuführen und ihr großer Einfluß im Bodenamt sowie im Staate rückt die Verwirklichung dieser finsternen Pläne in bedrohliche Nähe. So hat zum Beispiel jüngst ein Herr Dr. Bozenik, der als die „rechte Hand“ des Präsidenten des Bodenamtes gilt, im „Benkov“ die agrarischen Absichten mit erfrischender Deutlichkeit wie folgt erläutert:

„Wir müssen gegen die Wüchste gewisser Kreise protestieren, welche die Bildung von so großen Restgütern auf den heutigen Höfen verlangen, daß auf jede, auf dem Gute beschaffte Familie 6-10 Hektar Boden entfallen mögen. Diese Praktizierung möchte in vielen Fällen die Reform unmöglich machen. Die Propagatoren dieser großen Restgüter streben die Uebernahme dieser Güter durch Genossenschaften, welche aus den Angestellten des Großgrundbesitzes zu bilden wären, in Pacht an. Die Verwirklichung dieses Planes, abgesehen von anderen Fehlern, wäre äußerst ungerecht. Eine derartige Lösung nehmen wir nicht an!“

Damit ist bewiesen, daß die tschechischen Agrarier eine fast restlose Zertrümmerung der landwirtschaftlichen Großgüter anstreben. Die aus einer Ausführung dieser Pläne entstehenden Folgen für die Arbeiterklasse brauchen nicht des langen und breiten ausgemalt werden, sie liegen klar auf der Hand. Tatsache ist, daß bis heute, wo schon umfangreiche Parzellierungspläne des Bodenamtes veröffentlicht wurden, und die Vorbereitungen zur Zerstückelung der Güter schon sehr weit gediehen sind, so gut wie gar keine Vorsorge für die in ihrer Existenz bedrohten Landarbeiter und Güterbeamten getroffen wurde. Bekannt ist auch, daß trotz aller schönen Versprechungen über die Berücksichtigung der Armen und Schwachen bei der Siedlungsaktion noch keine nennenswerten Geldmittel für diese Zwecke zur Verfügung stehen, sodas bei einer Zuteilung von Boden nur das kapitalstärkige Großbauerntum in Frage kommt, das bereits die nötigen Betriebsmittel besitzt und dabei seine Kriegsgewinne in Notwerten anlegen kann. Es besteht weiter kein Zweifel mehr darüber, daß eine derartige Durchführung der Bodenreform auch in technischer Hinsicht einen Rückschritt bedeutet, der eine Verschärfung und jahrelange Verlängerung des Ernährungsstammers zur Folge hätte. In politischer Hinsicht ist das Ziel der Agrarier die Vermehrung und Stärkung der konservativen Großbauernklasse, die Verdrängung der Landarbeiter und Güterbeamten von ihren Lebensstellen und damit die Vernichtung der roten Gefahr auf dem Lande für alle Zukunft. Die nationalen Erwägungen, die dabei mißspielen, wollen wir für heute beiseite lassen. Alle diese Umstände zusammen genommen, wird zur Gewissheit, daß eine im agrarischen Sinne durchgeführte Bodenreform mit einem kläglichen Fiasko enden muß, weil sie den ökonomischen Notwendigkeiten unserer Zeit zuwiderläuft; der Mißerfolg, der da jedoch auf dem Wege zu kapitalistischen Zielen erzielt würde, soll — das steht heute schon fest — dem Sozialismus zu Lasten geschrieben werden.

Die Gefahr einer solchen reaktionären Lösung des Bodenproblems in der Tschechoslowakei wächst mit jedem Tage. Sie ist deshalb riesengroß geworden, weil sie das zielbewusste Streben der geschlossenen Front tschechischer und deutscher Agrarier verkörpert, die Macht des tschechischen Bürgertums noch hinzugerechnet. Die proletarischen Parteien wurden mit ihren sozialistischen Forderungen auf diesem Gebiete darum in den Hintergrund gedrängt, weil sie im Gegensatz zu ihren Klassenfeinden, ihre Kräfte im Bruderkampfe vergeuden und so den kapitalistischen Parteien Zeit ließen, ihren Triumphbogen aufzurichten. Bei diesem Stande der Dinge erlauben wir uns füglich zu bezweifeln, ob die Demonstration einer Gewerkschaftsorganisation ausreicht, um den Verkauf der Aktion entscheidend zu ändern. Wir vermuten sogar, daß irgend ein jobialer Herr aus dem Bodenamt den Demonstranten in Bezug auf ihre Forderungen tröstliche Versicherungen geben wird, damit sie beruhigt heimkehren, sonst aber wird alles beim alten bleiben.

Wenn wir den durchschlagenden Erfolg der heutigen Demonstration bezweifeln, so geben wir die Sache noch lange nicht verloren. Es

gibt eine Möglichkeit, den Kurs der Bodenreform in ein sozialistisches Fahrwasser zu steuern, und diese einzige Möglichkeit heißt: Verständigung aller proletarischen Parteien über dieses Problem, Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte zum Kampfe um eine sozialistische Lösung der Bodenfrage.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei hat schon längst die Fährnisse erkannt, die aus der Durchführung einer solchen „Reform“ dem Sozialismus erwachsen. Sie hat daher auf dem Karlsbader Parteitag ein Programm zur Sozialisierung des Großgrundbesitzes angenommen, das dem zu schaffenden Proletariatskongress zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollte. Ein tragisches Verhängnis ließ den Proletariatskongress nicht zur Talsache werden und daher wurde bis heute zwischen den proletarischen Parteien noch keine Verständigung über die brennendsten Tagesprobleme des Klassenkampfes in diesem Staate erzielt. Die Folgen dieser Zerstückelung können an dem Schicksal der Bodenreform am besten ersehen werden. Eine günstige historische Gelegenheit hätte es den Proletariatskongress in die Hand gegeben, den Großgrundbesitz aus einem Bollwerk der Reaktion in eine Bastion des Sozialismus umzugestalten und sich damit für die weiteren Klassenkämpfe unschätzbare Vorteile zu sichern. Gelingt es den Agrariern ihr Reformziel, die Zerstückelung der Großgüter, zu erreichen, dann gehen diese Chancen unwiederbringlich verloren.

So stehen die Dinge. Angesichts dieser dräuenden Gefahren für den Sozialismus muß unsere Partei, die schon durch ihre historische und taktische Stellung zum Pionier der proletarischen Einigung berufen ist, nochmals den Ruf nach sozialistischer Sammlung zum Kampfe gegen die agrarische Reaktion erschallen lassen. Nur ein sozialistischer Bloß, der sich über die nächstliegenden Lösungsmöglichkeiten in der Bodenfrage einigt, könnte den Agrariern zuzurufen: Bis hierher und nicht weiter! Nur er könnte außerhalb und innerhalb des Parlamentes eine entsprechende Mobilisierung der Bodenreformgegner erkämpfen, könnte die Umgestaltung des Bodenamtes in ein Sozialisierungsamt erfolgreich anstreben. Zur praktischen Durchführung der Reform könnten sich alle sozialistischen Landorganisationen, welche die Land- und Forstarbeiter, die Güterbeamten, sowie die Kleinbauern und Häusler umfassen, in eine Arbeits- und Kampfgemeinschaft zusammenenschließen, die sich gestützt auf die Macht des Gesamtproletariats, bald einen führenden Einfluß im agrarpolitischen Fragen zu sichern vermöchte.

Es wird Sache unserer Partei sein, neuerdings die proletarischen Parteien der Republik im Sinne dieser Vorschläge zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Agrarfrage aufzurufen. Die Parteien aber, die um ihrer Sonderinteresse willen oder aus taktischer Borniertheit weiterhin ein Zusammenwirken ablehnen, werden vor dem Proletariat und vor der Geschichte die Verantwortung zu tragen haben, wenn im Kampfe um die Bodenreform gegen den Sozialismus entschieden wird.

Bei diesem Anlaß wollen wir noch auf eine Tatsache hinweisen, die sich mit der bedrängten Lage des Landproletariats schwerlich vereinbaren läßt. Heute demonstrieren die tschechischen Landarbeiter auf den Straßen Prag, kämpfen in tiefer Besorgnis um ihre Existenz und die Leitung ihrer Gewerkschaftsorganisation hat dem deutschen Verband der Land- und Forstarbeiter — anstatt ihn zu Hilfe zu rufen — den Vernichtungskrieg erklärt. Der junge Duxer Verband, der nach Kriegsende unter unfähigen Mähen die deutschen Land- und Forstarbeiter gewerkschaftlich organisierte, ist seit Monaten das Objekt einer wüsten Hebe, er wird als gelbe, als separatistische Organisation hingestellt und der Prager tschechische Verband versucht unter dem Deckmantel des Kommunismus seine Existenz zu untergraben. Seit Monaten spielt sich in den deutschen Gebieten ein widerlicher, aufreibender Kampf um einige schwankende Ortsgruppen ab, bei dem die kommunistischen Angreifer höchstens einige hundert Mitglieder „erobert“ konnten, um den Preis, daß ebensobiele wieder in den Indifferenzismus gestossen wurden.

Wir fragen die demonstrierenden Landarbeiter, wir fragen ihre Führer, was in diesen Augenblicke wichtiger ist: Der Streit des Prager und Duxer Verbandes um einige Ortsgruppen oder der gemeinsame Kampf des deutschen und tschechischen Landproletariats um eine sozialistische Bodenreform?

Tages-Neigkeiten.

Christlichsoziale Nächstenliebe. Ein leitmeriger Genosse schreibt uns: In Leitmeritz befindet sich ein Veteranenheim, in welchem alte, gebrechliche Hinterbliebene von verstorbenen Veteranen untergebracht sind. Diesem Heim ist ein Garten mit Obstbäumen angeschlossen; dieser sollte den im Heim untergebrachten Personen in der warmen Jahreszeit einen angenehmen Aufenthalt bieten. Das Obst sollte gleichfalls den Hausinsassen zukommen. Als Hausverwalter fungierte bisher der Präsident des leitmeriger Veteranenvereines R. W. und als Hausmeister ein Herr Tiedler. Beide sind christlichsoziale Größen. Das Obst wurde aber nicht den alten Leuten gegeben, sondern wurde einfach weggeschafft. Die alten Leute durften auch im Garten keinen Aufenthalt nehmen, sondern dort durften nur die Gänse des Herrn Tiedler grasen. Auch hat der Hausmeister die Ordnung im Hause zum Teil von den alten Leuten machen lassen, trotzdem er selbst dazu da war. Die Heiminsassen klagten schon öfter über diese unchristlichen Zustände, doch die beiden Herren verstanden es immer wieder, die alten ängstlichen Leute einzulullen, und es blieb immer wieder beim alten. Nunmehr wurden diese echt christlichsozialen Zustände den alten Leuten unerträglich. Der Heimausschuss mußte zusammentreten und da er die vorgebrachten Beschwerden, die für die Christlichsozialen vernichtend lauteten, als vollkommen gerechtfertigt fand, beschloß er, den Herrn Hausverwalter samt dem Hausmeister sofort von ihren Posten abzusetzen. Es werden nun neue Verwalter bestellt und es ist zu erwarten, daß nunmehr die alten Leute den Genuß ihrer Rechte gelangen. Die christlichsozialen Prediger werden aber nach wie vor ihren Mund mit der „christlichen Nächstenliebe“ voll nehmen.

Dr. Heinrich Metella gestorben. Im Alter von 67 Jahren ist vorgestern der Vizepräsident des Landesschulrates, Dr. Metella, gestorben. Metella war einer jener Männer, die, so eifrig sie auch von ihren Konnationalen geehrt werden mögen, doch nur als schwere Schädlinge ihres eigenen Volkes angesehen werden müssen. Metellas eifriges Bestreben ging dahin, das deutsche Volk, das er offenbar krankhaft haßte, an seinem Lebensnerv, der Schule, zu treffen und so nützte er sein Amt zur Unterdrückung des deutschen Schulwesens derart aus, daß sogar der Verwaltungsgerichtshof ihm schließlich in den Arm fiel. Das Wirken Metellas hat viel zur Verschärfung der nationalen Gegensätze und zur Steigerung des nationalen Fanatismus beigetragen. Es ist ihm gelungen, eine Reihe von deutschen Schulen auszutüfeln, aber er hat damit gewiß beiden Nationen nur Schädliches erwiesen.

Erhöhung der Tabakpreise, gleichzeitig Freigabe des Verkaufes. Die in den Zeitungen wiederholt angekündigte Erhöhung der Preise mehrerer Zigarren- und Zigarettenmarken wird nun durch eine Mitteilung des Finanzministeriums bekanntgemacht. Das Finanzministerium sucht den Rauchern die bittere Pille durch die Freigabe des Verkaufes und durch folgende Verlautbarung mundgerecht zu machen: Heute veröffentlicht die Tabakregie den neuen Preistarif für Rauchwaren, demzufolge verschiedene Sorten von Tabakerzeugnissen mit Gültigkeit vom 12. September 1921 neu geregelt werden. Diese Regelung der Preise hängt mit der Freigabe des Verkaufes der Rauchwaren zusammen, die gleichfalls heute kundgemacht wird. Wie aus dem Preistarif ersichtlich ist, verbleibt die Mehrzahl der Tabak-Erzeugnisse im Preise unverändert. Es werden nur mehrere Sorten verteuert, welche bis jetzt auf Tabakarten ausgegeben wurden und deren gegenwärtiger Preis so niedrig war, daß nicht einmal die Erzeugungskosten gedeckt wurden, so daß bei diesen Sorten die Tabakregie mit einem bedeutenden Verluste arbeitete. Es sind dies folgende Zigarren: Kuba, Portorico, Brasilis, Virginier, Kurze und Cigarillos, weiters die Zigarettenmarken: Ägyptische, Sport und Zora und schließlich der gewöhnliche Rauchtobak. Die Ursache der hohen Erzeugungskosten dieser Sorten ist einerseits der hohe Einkaufspreis der Rohstoffe, die aus Ländern mit hoher Valuta bezogen werden müssen, andererseits der Umstand, daß diese Tabakarten durch Handarbeit erzeugt werden, was vergleichsweise weit höhere Erzeugungskosten bedingt, als bei der mit Maschinen hergestellten Ware. Bis nun konnte die Tabakregie dieses Mißverhältnis ertragen, da die Ausgabe dieser Sorten nur auf Tabakarten beschränkt war, so daß auf der anderen Seite mehr die teureren Tabakarten verbraucht wurden, von welchen der erzeugte Gewinn zur Deckung der Verluste der billigeren Sorten verwendet werden konnte. Nun aber muß bei der Freigabe des Verkaufes notwendigerweise damit gerechnet werden, daß der Verbrauch dieser Sorten bedeutend steigt und daß dagegen nach den teureren Sorten eine geringere Nachfrage eintritt, so daß der Ertrag der Tabakregie dadurch ernsthaft bedroht werden könnte. Es war daher unerlässlich, die Preise dieser Sorten wenigstens annähernd den Erzeugungskosten anzupassen; wenn diese Sorten einen angemessenen Gewinn ergeben soll-

ten, wie dies beim Tabakmonopol erforderlich wäre, müßten die Preise noch um ein Bedeutendes erhöht werden, da nicht einmal bei diesen neuen Preisen die Erzeugungskosten bei verschiedenen Sorten gedeckt erscheinen. Dem gegenüber wird den Rauchern eine Ermäßigung bei feinem Rauchtobak und feinem Zigaretten- und Zigarettenpapier gewährt. Die Preise sind folgende: Graciosa 4 K, Regalia media 3 K, Savanna-Virginia 2,50 K, Trabucco 2 K, Britannica 2 K, Virginia 2 K, Operas 1,50 K, Kuba 1 K, Virginosa 80 h, Brasil-Virginia 70 h, Portorico 60 h, Kurze 50 h, Zigarillos 30 h, Zigaretten: Ohubeg 1,20 K, Legie 80 h, Slavie 70 h, Dames 70 h, Ägyptische 50 h, Praga 30 h, Sport 20 h, Zora 8 h. Rauchtobak: Maryland 2,50 K, amerikan. Pfeisentabak 2 K, feiner Pfeisentabak 1,50 K, gewöhnlicher Pfeisentabak 70 h.

Hungerdemonstrationen in Weipert. Freitag haben in Weipert zwischen 4 und 7 Uhr abends Hungerdemonstrationen stattgefunden, an denen sich etwa 2500 Personen, darunter viele Arbeitslose, beteiligten.

Arbeiter, meidet Sonntags die Friseurgeschäfte! Die Friseurgehilfen, im Emanzipationskampf des Proletariats bis jetzt wenig beachtet, befinden sich in überaus trauriger sozialer Lage. Die Eigenart ihres Berufes, das patriarchalische Verhältnis zwischen ihnen und den Meistern, erschwert ihnen den Kampf um soziale Besserstellung. Wohl haben sich die Verhältnisse seit dem Umsturz dadurch etwas gebessert, daß sich viele von ihnen der Gewerkschaftsorganisation angeschlossen. Aber gleichzeitig setzte auch gegen die gewerkschaftliche Organisation der Friseurgehilfen der Kampf der zünftlerischen Friseurgenossenschaften ein, die die neuerstandene Organisation im Keime ersticken wollten. Eine der wichtigsten Forderungen, um deren Erfüllung die Gehilfenschaft kämpft, ist die nach ganztägiger Sonntagsruhe im Friseurgewerbe. Aber gerade gegen diese Forderung setzen die Genossenschaften ihren ganzen zünftlerischen Apparat in Bewegung. Wohl gibt es einige Meister, welche die Sonntagsruhe in ihrem eigenen Interesse begrüßen würden. Aber gerade jene, welche im Reichsverband der Friseure das entscheidende Wort zu sprechen haben, beteuern immer wieder, daß die Sonntagsruhe den Zusammenbruch ihres Gewerbes bedeuten würde. Ohne diese Prophezeiung näher untersuchen zu wollen, stellen wir fest, daß die Voraussetzungen für die Sonntagsruhe im Friseurgewerbe schon dadurch gegeben sind, daß die Arbeiter jetzt in der Regel schon Samstag Mittag die Betriebe verlassen und daher noch am Samstag die Friseure ausfinden können. Angesichts des harten Kampfes der Friseurgehilfen um die Sonntagsruhe ist es für die Arbeiter eine Pflicht der proletarischen Solidarität, am Sonntag die Friseurgeschäfte zu meiden. Die Meister sollen nicht mehr erklären können: „Meine Sonntagskundschaft besteht vornehmlich aus Arbeitern“. Auf diese Weise kann die breite Masse der Arbeiterschaft den Friseurgehilfen in ihrem Kampf um die Durchsetzung der Sonntagsruhe wirksame Unterstützung zu Teil werden lassen.

Ein neues Stimmblatt. Aus Berlin wird uns telephoniert: Vom 1. Oktober an wird in Berlin eine neue Zeitung der Deutschen Volkspartei erscheinen, die von Heinrich Rippner geleitet werden soll. Er war bisher Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, ist aber jetzt von den Deutschnationalen verdrängt worden, sodas seine Partei genötigt ist, ein neues Organ zu gründen. Da Stinnes die Seele der Deutschen Volkspartei ist, wird es ihm an Kapital zur Korruption der öffentlichen Meinung nicht fehlen.

Zusammenstoß mit der Elektrischen. Gestern um vierelb 11 Uhr vormittags stieß ein Wagen der Elektrischen Straßenbahn der Strecke Nr. 14 an der Ecke der Heinrichs- und Herrengasse in einen Handwagen, den der Kellner S. Siepel führte. Hierbei wurde S. unter die Pferde eines Bauernwagens geschleudert, dessen Lenker der Bauer Stephan Pitta vom Bod geschleudert wurde und leichte Verletzungen erlitt. Siepel blieb unverletzt.

Autounfall. Gestern gegen zwei Uhr nachmittags waren die Passanten der unteren Jungmannstraße in Weinberge Zeugen eines aufregenden Vorfalls. Bei einem Privatauto hatte der Chauffeur infolge eines Materialbruches die Steuerung über seinen Wagen verloren, und dieser fuhr kreuz und quer über die Straße. Schließlich fuhr das Auto gegen einen Baum an, dieser brach entzwei und der Wagen kam zum Stehen. Hierbei wurde ein 60jähriger Mann verletzt, der ins Krankenhaus geschafft wurde.

Kleine Chronik.

Das U-Boot im Dienste der Meeresforschung. Zur Vornahme von Forschungen bis zu 100 Meter unter dem Meeresspiegel soll in Frankreich, weis die schweizerische Zeitschrift für Naturwissenschaften, „Natur und Technik“, melden, ein Unterseeboot von 18,8 Meter Länge, 2,3 Meter größtem Durchmesser und 50 Tonnen Wasserdrängung in den Dienst der Wissenschaft gestellt werden. Das Boot wird ausschließlich elektrisch angetrieben; der Motor verleiht ihm eine Geschwindigkeit von 6 Knoten auf der Oberfläche und 4,7 Knoten untergetaucht. Ferner ist das Boot mit der notwendigen Ausrüstung zur Meeresforschung versehen und mit starken

Seitenlichtern, durch welche die Vorgänge unter dem Wasser beobachtet werden können. Das die nötigen Vorrichtungen vorhanden sind, um Wasser und andere Objekte zu Prüfzwecken unter Wasser aufzunehmen, ist selbstverständlich.

Der künftige unterirdische Aquädukt. New York erhält jetzt eine neue Trinkwasserzufuhr, die in ihrer Großartigkeit kein Beispiel auf dem Erdball besitzt. Der Schoharie-Fluß, der bislang in den Mohaw-Fluß mündete, wird jetzt abgeleitet und durch einen unter den Schandaken-Bergen herführenden Tunnel von nicht weniger als 20 Kilometer Länge zu dem mächtigen, schon bestehenden Wasserreservoir von Astoria geführt. Die Bevölkerung der Riesstadt New York wächst jährlich etwa um 150.000 Menschen und die jetzige Trinkwasserzufuhr hat sich als ungenügend erwiesen. Der Tagesbedarf hat durch dieses Anwachsen der Bevölkerung in jedem Jahre eine Steigerung von nicht weniger als 22 Millionen Gallonen gezeigt. — Acht Kilometer des Schandaken-Tunnels sind heute schon vollendet und die Arbeiten zur Durchbohrung der Bergkette sowie zum Ban des Staudammes im Schoharie-Fluß werden mit aller Energie betrieben, um den Wasserbedarf der Weltstadt sicherzustellen.

Geschlechtsbestimmung bei Insekten. Geheimrat Prof. Dr. Richard v. Hertwig berichtete in der letzten Sitzung der bayerischen Akademie der Wissenschaften über seine Untersuchungen in betreff des Einflusses der Ueberreise der Eier auf das Geschlecht der Schmetterlinge. Er ist dabei zu dem Resultat gekommen, daß die Ueberreise hier in entgegengesetztem Sinne wirkt, wie bei den Fröschen, indem sie die Entwicklung weiblicher Individuen begünstigt. In so klaren Resultaten wie bei den Fröschen ist er bisher bei den Schmetterlingen noch nicht gekommen, was wohl mit der zunächst noch beschränkten Zahl der Versuche zusammenhängt. Der Vortragende sucht das gegensätzliche Verhalten der beiden Untersuchungsobjekte daraus zu erklären, daß bei den Schmetterlingen weibliche, bei den Fröschen dagegen höchstwahrscheinlich männliche Heterogamete (verschiedene Sexualtendenz) im Gegensatz zu Homogamete (gleiche Sexualtendenz) Ausbildung des heterogameten Geschlechts begünstigt.

Die Gesetzeskenntnis des Staatsbürgers.

Was immer man am tschechoslowakischen Staate und an seinen Organen aussetzen hat, einen Vorwurf kann man ihnen fürwahr nicht machen: nämlich, daß sie alles zurückhaltend und bescheiden in der Erlassung von Gesetzen und Verordnungen wären. Seit den Tagen des staatlichen Umsturzes ist eine derartige Anzahl von Gesetzen und Verordnungen ergangen, daß es wohl kaum einen noch so lokalen tschechischen Staatsbürger geben dürfte, der alle diese Produkte der tschechoslowakischen Gesetzesmaschine gelesen hätte, geschweige denn sie verstehen würde. Besonders zeichnete sich in dieser Beziehung der Revolutionskonvent, genannt konstituierende Nationalversammlung, aus, der bestehend lediglich aus nicht gewählten Vertretern der einzelnen tschechischen Parteien in Abwesenheit der Vertreter aller übrigen durch die Friedensdiktate von Versailles und von St. Germain diesem Staate eingegliederten Völker darauf bedacht war, so rasch als möglich alle die vielen durch den Umsturz aktuell gewordenen Fragen des Rechtes und der Verwaltung, aber auch viele minder wichtige Fragen der gesellschaftlichen Regelung zuzuführen und diese Regelung derart zu sichern, daß sodann die gewählten Volksvertreter und namentlich die Vertreter der des Glückes der Aufnahme in diesen angeblichen Nationalstaat teilhaftig gewordenen „fremden“ Völker nicht die Möglichkeit haben, an jenen Gesetzen Änderungen vorzunehmen und die privilegierte Stellung des Herrenvolkes zu erschüttern.

So sind die in das gesamte Wirtschaftsleben so eingreifenden Finanzgesetze, das Wehrgesetz, die Verfassungsurkunde und namentlich das samose Sprachengesetz und nicht minder auch die Bodenreformgesetze von dem aus ernannten Vertretern bestehenden Revolutionskonvente dieser „demokratischen“ Republik angenommen worden, ohne daß auch nur eines der Völker, deren Rechts- und wirtschaftliche Stellung in so durchgreifender Weise geregelt und geschmälert wurde, Gelegenheit fand, an der gesellschaftlichen Regelung durch das Herrenvolk teilzunehmen.

Selbstverständlich wurden auch der gewählten Nationalversammlung zahlreiche Gesetzesentwürfe unterbreitet, von denen auch viele zur Annahme gelangten, immerhin bewirkte aber schon die bloße Anwesenheit der deutschen und magyarischen Vertreter, daß die Gesetzesfabrikationsmaschine einigermaßen in ihrer Tätigkeit gehemmt wurde.

Es ist naheliegend, daß bei dieser Art der Gesetzesfabrikation die Fabrikate oft mangelhaft und unklar sind, einander widersprechen, und von störenden Fehlern strotzen. So ist es zu erklären, daß sehr oft eiligst Gesetze abgeändert und derlei Fehler beseitigt werden mußten und trotzdem wurden nur zu oft auch tschechische Gerichte und Verwaltungsbehörden förmlich zur Verzweiflung getrieben, wenn sie bei in so hastiger und oberflächlicher Weise zustande gekommenen Gesetzen und Verordnungen zur Anwendung zu bringen und durchzuführen hatten. Darauf sind zum großen Teile die sonst so unbegreiflichen und einander wider-

sprechenden Entscheidungen und Verfügungen der tschechoslowakischen Gerichte und Verwaltungsbehörden zurückzuführen.

In alten Oesterreich bestand die „schlechte“ Einrichtung, daß alle Gesetze und Verordnungen, welche in der deutschen Ausgabe des Reichsgesetzblattes publiziert wurden, gleichzeitig oder kurze Zeit darauf in authentischen Uebersetzungen in den tschechischen, polnischen und den übrigen nichtdeutschen Ausgaben dieses Reichsgesetzblattes zur Veröffentlichung gelangten, weil eben der Staat von der Auffassung ausging, daß er, wenn er seinen Bewohnern etwas gebietet oder verbietet, ihnen auch Gelegenheit geben muß, diese Gebote und Verbote lesen und verstehen zu können. Die tschechoslowakische Republik gibt für ein demokratisches Staatswesen aus, sie bemüht sich krampfhaft, sich zu entösterreichern, d. h. wie sie behauptet, alles besser zu machen, was in dem alten, konservativen, ja reaktionären Oesterreich so schlecht war. Man mühte annehmen, daß gerade der demokratische Staat alle Mittel und Wege suchen mühte, um seinen Bürgern in noch vollkommener Weise die Kenntnis seiner Gesetze und Verordnungen beizubringen, zumal er ja das Hauptprinzip des Rechtswesens des modernen Staates, daß sich, sobald ein Gesetz gehörig kundgemacht worden ist, niemand damit entschuldigen könne, daß ihm dasselbe nicht bekannt geworden sei (§ 2 allg. b. G. B.) und daß sich mit der Unwissenheit des Strafgesetzes niemand entschuldigen könne (§ 3 Str. G.), rezipiert hat.

Der tschechoslowakische Staat läßt jedoch, wenigstens was die nicht nichttschechischen Völker anbelangt, auch diesbezüglich alles zu wünschen übrig. Anfangs, als die Entösterreichungsmanie noch nicht so wütete, erschien eine amtliche Uebersetzung der amtlichen Sammlung der Gesetze und Verordnungen; die einzelnen Nummern dieser Uebersetzung kamen freilich so spät heraus, daß sie für das praktische Leben ganz unbrauchbar waren. Es erschienen nur einige Nummern und dann wurde die Ausgabe ganz eingestellt; vor einiger Zeit verlautete wohl, daß die deutschen Uebersetzungen wieder erscheinen werden, ob dies jedoch tatsächlich der Fall sein wird, ist bis heute nicht bekannt geworden.

Da selbstverständlich auch der deutsche Staatsbürger wissen muß, was der Staat ihm gebietet und verbietet und er sich aus diesem Grunde nicht die Kenntnis der Sprache des Herrenvolkes aneignen kann, ist er genötigt, zu privaten Uebersetzungen der Gesetze und Verordnungen zu greifen, die jedoch einerseits naturgemäß spät erscheinen und nur die wichtigste Materie enthalten, andererseits aber so teuer sind, daß sich nur bemittelte Personen den Luxus der Anschaffung solcher Uebersetzungen leisten können. Was für eine Gefahr dies für die Rechtsprechung und Ausübung der Verwaltungstätigkeit, besonders in deutschen Sprachgebieten bedeutet, kann nur derjenige ermessen, der die betreffenden Verhältnisse aus eigener Wahrnehmung kennt. Es gehört heute nicht zu den Seltenheiten, daß im tschechischen Sprachgebiete Entscheidungen und Verfügungen der Gerichte und Verwaltungsbehörden ergehen, welche sich auf frühere, seitlich aufgehobene oder abgeänderte Gesetze und Verordnungen stützen, und somit gegen letztere verstoßen, weil eben der betreffende tschechische Richter und Verwaltungsbeamte sich einfach in dem Wust der Materie gar nicht mehr auskennt und nicht in der Lage ist und vielleicht auch nicht die Zeit hat, die Arbeiten der Legislative zu verfolgen und die amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen zu studieren.

In noch schlimmerer Lage befindet sich aber der deutsche Richter und Verwaltungsbeamte, der aus mangelnder Kenntnis der tschechischen Sprache die genannte amtliche Sammlung gar nicht lesen kann und vielleicht von dem Inhalte derselben nur das weiß, was ihm der zufällig die tschechische Sprache beherrschende Amtsdieners oder sonst eine dritte Person mitteilt. Und in Mitteldeutschland gezogen ist dann derjenige, für welchen die betreffende Entscheidung oder Verfügung bestimmt ist. In eingeweihten Kreisen ist es z. B. bekannt, daß es besonders die deutsche Bevölkerung des Staates war, welche die Folgen der so rigorosen Bestimmungen der tschechischen Finanzgesetze besonders hart trafen und daß viele von denen, die wegen Verletzung dieser Gesetze straf- oder gefälligkeitsverurteilt wurden, einfach Opfer der Unkenntnis der Gesetzesprache wurden. Auch der deutsche Arbeiter und Angestellte ist aus Mangel an Zeit und wegen Unkenntnis der tschechischen Sprache in den meisten Fällen nicht in der Lage zu wissen, welche Pflichten ihm der Staat auferlegt und welche Rechte er ihm gewährt.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren wird bemüht sein, sich dafür einzusetzen, daß die Gesetze und Verordnungen, wenigstens so, wie es im alten Oesterreich der Fall war, in authentischen billig zu beschaffenden Uebersetzungen allen Bevölkerungskreisen zugänglich werden. Unsere Parteiführer haben bisher wenigstens die wichtigsten Gesetze und Verordnungen ihrem Inhalte nach ihren Lesern mitgeteilt, um so tunlichst deren Schädigung zu verhindern. Unser Zentralorgan wird auf diesem Wege fortfahren und die wichtigsten Gesetze und Verordnungen, welche die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung betreffen, erläutern.

Prager Gemeindepolitik.

Von einem Mitglied der Prager Gemeindevertretung wird uns geschrieben:

Wir sind in die Prager Gemeindebestände einzuzeichnen mit der Hoffnung, aus einem sozialistischen Block einzufügen, welcher von den Sozialreformern bis zur äußersten Linken, den heutigen Kommunisten, reichen würde. Wir hoffen sogar, in sozialen Fragen zum mindesten, auf ein gewisses Verständnis bei den tschechischen nationalen Parteien zu stoßen, welche nach ihrer Vergangenheit weit früher als die deutschen bürgerlichen Parteien eingetreten haben mußten, daß die kulturelle und ökonomische Hebung eines Volkes nicht in der Bevorzugung der oberen Reichtümer, sondern in der Ergriffung der Millionen arbeitender Menschen bestehen muß. Wir sind enttäuscht worden. Als mich der Vertreter einer fremden Gesundheitsfrage, welche sozialen Taten die Prager Stadtgemeinde in den letzten zwei Jahren durchgeführt habe, mußte ich ihm leider antworten: keine. Die Zuziehung von Vertretern der Arbeiter in die Verwaltungsräte und Kommissionen der städtischen Unternehmungen kann nicht als erfolgreich bezeichnet werden, als erst in den letzten Wochen diese Vertreter das Recht bekamen, auch in anderen als in Personalangelegenheiten mitzusprechen. Auch die Erhöhung der Gehälter und Löhne bedeutet eigentlich nur eine Umrechnung aus einer besseren in eine schlechtere Währung. Von einem umfassenden sozialkommunalen Plan ist bei den übrigen Parteien nicht die Rede gewesen. Wir selbst haben in der Budgetdebatte zu Ende des Jahres 1919 einen solchen entworfen, indem wir vorschlugen, es seien die Löhne und Gehälter der 12 000 Angestellten und Beamten Prags — in Groß-Prag werden es über 20 000 sein — zu drei Viertel in Form von Naturalentlohnungen zu einem Viertel in Geldentlohnung zu leisten, welche letztere den wechselnden Preisverhältnissen angepaßt werden solle. Zu diesem Zwecke sollte daran gedacht werden, auf dem von der Gemeinde zu erwerbenden Großgrundbesitz wirkliche Gartenstädte zu errichten, etwa mit je 500 Quadratmeter Oberfläche, 20 Höfe in der Umgebung Prags anzulassen, welche die Lebensmittel für 20 000 Menschen liefern würden, endlich Kohlenruben zur Lieferung des notwendigen Heizmaterials. Als die Gemeinde den Großgrundbesitz Motal ankaufte, beantragten wir, auf den erworbenen Gründen eine Gartenstadt für die verheirateten Angestellten der elektrischen Unternehmungen anzulegen. Diese würden ja vor allem in der Lage sein, eine derartige Besiedlung auszunutzen. Ein andermal beantragten wir an den Endpunkten der elektrischen Bahnen Kantinen für die Angestellten zu errichten, in welchen sie für billiges Geld die Mittagsmahlzeit und die Pause erhielten. Dadurch wäre den Frauen die unwirtschaftliche und quälende Last erspart worden, zweimal von weither ihren Männern ein inzwischen kalt gewordenes Essen herbeizuschaffen; sie wären dadurch ausschließlich an den Gedanken gewöhnt worden, daß ihre Männer in der Stadt Dienste tun, während sie selbst allenfalls mit erwachsenen Kindern der Bebauung und Pflege des Gartens obliegen könnten. Alle diese Anträge vom umfassendsten bis zu dem eben geschilderten kleinsten haben keinen Nachhall gefunden.

Der Gedanke der Errichtung von Gartenstädten mit Einfamilienhäusern, welche allein dem Arbeiter ein menschenwürdiges Heim verbürgen, haben wir nochmals aufgenommen, bei Behandlung der Frage, was die Stadt mit den erworbenen Großgrundbesitz anfangen solle. Obgleich ausgesprochen wurde, daß die Stadt durch den Erwerb des Grundes dem Bodenwucher entgegenarbeiten könne, so ergibt sich doch von selbst, daß bei Erbauung vielstöckiger Finanzhäuser es wiederum zur Bewucherung der Mieter kommen müsse. Wir schlugen deshalb vor, daß die Stadt nicht mehr den Grund und Boden, sondern einzig das Baurecht verkaufen solle. Es ist das jene Form, auf Grund welcher im Mittelalter beinahe alle deutschen Städte errichtet wurden und die sich ja in England als building lease dauernd erhalten hat. Es ist hier noch nicht der Ort, über die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Einrichtung ausführlich zu sprechen, aber wie wenig sie gekannt ist, beweist die Tatsache, daß eine tschechische sozialdemokratische Baugenossenschaft, als man ihr vorschlug, von der Stadt nicht den Grund und Boden, sondern nur das Baurecht zu kaufen, dies im Vorhinein ablehnte. Wir hoffen, durch eine öffentliche Enquete, wie sie der Justizminister Dr. Klein über dieselbe Frage im Jahre 1909 in Wien abgehalten hat, weite Kreise der Bevölkerung über diese Einrichtung aufzuklären.

Einen streng sozialistischen Standpunkt nahmen wir auch gegenüber dem Gedanken ein — welcher sogar von tschechischer sozialdemokratischer Seite unterstützt wurde — die städtischen Unternehmungen an private Aktiengesellschaften zu übergeben oder zum mindesten das gemischte System einzuführen. In anderer Weise will der Führer der Nationalsozialisten, Dofac, die kommunalen Unternehmungen in kapitalistische Hände spielen, in der Gründung einer kommunalbank vorschlägt, welche alle städtischen Unternehmungen verwalten sollte. Bekanntlich ist die Idee der Kommunalisierung in Mitteleuropa am weitesten durchgeführt worden, während in Frankreich, Eng-

land und den Vereinigten Staaten die gleichen Unternehmungen privatkapitalistische Gesellschaften geblieben sind. Wenn in Prag die gemeindlichen Unternehmungen mit ungläublichen Preisen arbeiten und in erschrecklichster Weise geleitet werden, so liegt das nicht an der Kommunalisierung, sondern einzig und allein an der Leitung. Es gibt kapitalistische Unternehmungen, die verkracht sind und sozialistische, z. B. die Eiswerke in Jena, welche nicht bloß glänzende Gelderfolge haben, sondern allen Fortschritten der Technik sofort gerecht werden. Wenn die städtische Gasanstalt in der ganzen Zeit ihres Bestehens nicht einen Kreuzer für die Rekonstruktion zurückgelegt hat, so ist das nur ein Beweis, daß im Verwaltungsrate derselben nicht ein Mensch saß, welcher seine Pflicht getan hat. Das französische Angebot, welches Herr Ludlitz vermittelte, war ein so unglaublich schmächtliches, daß es uns ein Leichtes war, dasselbe zu Fall zu bringen. Wir haben uns dagegen den Dank der Stadt und ihrer Einwohner erworben.

Dies alles zur ersten Uebersicht für unsere Genossen in der Republik. Wir hoffen, daß unsere Vertreter in den anderen Städten uns gleichfalls ein Bild ihrer Tätigkeit liefern werden, welches zeigt, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei versteht, auf dem Boden der Kommunen den sozialistischen Gedanken vorzubereiten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Streit um die Goldmilliarde. Am 31. August hat Deutschland den Alliierten eine Milliarde Goldmark bezahlt, welche zufolge eines Abkommens zwischen den Entente-Staaten, das am 13. August in Paris unterzeichnet wurde, zwischen Belgien und England aufgestellt worden ist. Damit hat Deutschland diesen beiden Mächten die Befahrungskosten ihrer Truppen bezahlt, während die Kosten der französischen Besetzung auf die Saargruben, die im Friedensvertrag von Versailles den Franzosen abgetreten wurden, verrechnet werden. Nun ist zwischen den Alliierten ein Streit über die Verteilung der Goldmilliarde ausgebrochen. Der französische Finanzminister hat das Abkommen vom 13. August unterzeichnet, die französische Regierung erließ jedoch vor einigen Tagen die Erklärung, daß sie gewisse Festsetzungen des Abkommens nicht anerkennen könne. Frankreich beruft sich dabei auf den Artikel 45 des Versailler Friedensvertrages, der bestimmt, daß die Saarbergwerke als Entgelt für die zerlörten Kohlenruben Nordfrankreichs zu gelten haben. England vertritt jedoch die Ansicht, daß sich das Abkommen vom 13. August auf den Artikel 235 des Versailler Vertrages beziehe, in welchem von den Parafestsetzungen Deutschlands die Rede ist. Frankreich befürchtet, daß, falls sich die Voraussetzungen englischer Volkswirtschaft über den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands erfüllen sollten, werde eben Deutschland nichts anderes als die eine Goldmilliarde gezahlt haben, die zwischen England und Belgien aufgeteilt wurde, und Frankreich gehe leer aus. In den politischen Streitfragen unter den Alliierten tritt demnach noch der Streit um die Verteilung der deutschen Reparation.

Erhöhung der deutschen Kohlenpreise. Berlin, 9. September. (Tsch. P. B.) Nachdem durch die letzten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bergbau ab 1. September eine Lohnerhöhung von 7% bis 10 Mark pro Mann und Schicht vereinbart wurde, haben die Organe der Kohlenwirtschaft für das Rhein-westfälische Revier eine Preiserhöhung von 21 Mark pro Tonne ausschließlich der Steuer beschlossen.

Ausfuhr von Pflaumen. „Tribuna“ meldet, daß bereits seit längerer Zeit mit einer englischen Gesellschaft wegen Ausfuhr von Pflaumen verhandelt werde. Trotz des Protestes des Ministeriums für Volksernährung wurde die Ausfuhr von 50 Waggons Pflaumen gestattet. — Billiger werden dadurch die Pflaumen gerade nicht. Aber die Hauptsache ist, daß die Zweifelsnagrarier große Profite machen.

Das Baugesetz. „Pravo Lidu“ schreibt, daß das Gesetz zur Unterstützung der Baubewegung das Ergebnis eines unglücklichen Kompromisses gewesen sei. In diesem Gesetze werden auf die private Bautätigkeit die größten Hoffnungen gesetzt, während die Bedingungen für den Bau von Häusern durch gemeinnützige Körperschaften verschlechtert wurden. Die Baubewegung ist so gering, daß es dazu eines eigenen Gesetzes wahrlich nicht bedürft hätte. Soweit heute gebaut wird, geschieht dies seitens der Gemeinden und Wohnungsgenossenschaften, welche aber durch das Gesetz keine besonderen Vorteile erhalten haben. In einigen Monaten erlischt die Gültigkeit des Gesetzes und sein Ergebnis ist unerheblich. Vor allem deswegen, weil die Banken, die in der Waren- und Effektenpekulation viel mehr verdienen, kein Geld hergeben. Das Gesetz würde dringend einer Novellierung bedürfen und zwar in der Richtung, daß die Bedingungen für das Bauen von Häusern seitens der Gemeinden und Wohnungsgenossenschaften erleichtert werden. Auch die Losanleihe ist mißglückt und die künftige parlamentarische Regierung wird sich mit der Wohnungsfrage ernstlich beschäftigen müssen. Das Blatt schlägt vor, daß eine Beratung der Vertreter der Gemeinden und Wohnungsgenossenschaften stattfinden solle. Freilich müßte die Baubewegung in ganz anderer Weise seitens der Regie-

rung unterstützt werden, als es unter der Ministerchaft des Dr. Gruber der Fall war.

Der Lohnkampf im Baugewerbe. Durch das zweite Hauptstück des Gesetzes vom 11. März 1921, Nr. 100 d. G. S. wurden zur Regelung des Arbeits- und Dienstverhältnisses in den Baugewerben, sowie in den Unternehmungen, die Baumaterialien erzeugen und befördern, Schiedsgerichte eingesetzt. Die Schiedsgerichte sollten den Zweck haben, Unterbrechungen in den angeführten Unternehmungen durch drohende, oder schon ausgebrochene Differenzen zu verhindern und auf kürzestem Wege zu schlichten. Die kurz ein solcher Schlichtungsweg ist, soll nachstehend dargestellt werden. Am 4. Juli l. J. reduzierten auf Beschluß des Arbeitgeberbundes für das nordböhmische Baugewerbe in Reichenberg, die Unternehmer, die Bauarbeiterlöhne im ganzen Handelskammerbezirk Reichenberg. Die Bauarbeiter beabsichtigten diese Lohnreduzierung mit Arbeitseinstellung. Mehrere tausende Arbeiter standen durch fünf Wochen in Streik. Da eine Einigung mit den Unternehmern nicht zu erzielen war, wurde auf Grund des § 13 des oben angeführten Gesetzes das Ministerium für soziale Fürsorge durch eine Eingabe ersucht, das Schiedsgericht einzuberufen. Der Eingabe wurde stattgegeben. Es wurde eine Verhandlung anberaumt, jedoch nicht durchgeführt, weil ein Unternehmervertreter des Reichsernährungsamtes vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen. Die zweite Verhandlung wurde für den 3. August anberaumt, jedoch wieder vertagt, weil die Unternehmervertreter die Lohnreduzierung für vollkommen berechtigt erklärten. Die Löhne in Nordböhmen seien die höchsten, und außerdem sei aus den Mitteilungen des Ministeriums für Volksernährung vom 29. Juli 1921, S. 47682/2780 ai 1921, Mt. 8, zu ersehen, daß die notwendigsten Bedürfnisse einer dreigliederigen Arbeiterfamilie im Monat Juli 1921 sich etwa um 16% niedriger stelle als die Ausgaben im Juli 1920. Das Lohnschiedsgericht entschied, sich die diesbezüglichen Informationen von den zuständigen Ministerien einzuholen, um festzustellen, ob die Lohnifferenz zwischen Prag und Nordböhmen gerechtfertigt sei. Fünf Wochen sind seitdem verfloßen und trotz zweimaliger Urgenz beim Ministerium für soziale Fürsorge ist die Verhandlung noch nicht anberaumt. Begründet wird die Verschleppung damit, daß das notwendige statistische Material von den Ministerien nicht zu haben sei, eine Behauptung die sehr unglaubwürdig ist, da jedermann der sich für diese Dinge interessiert, dieselben in zwei Stunden haben kann. Die Sabotage hat bewirkt, daß ein neuerlicher Streik von tausenden von Arbeitern jeden Tag ausbrechen kann. Die Schuld fällt auf den Vorsitzenden des Lohnschiedsgerichtes und das Ministerium für soziale Fürsorge. Statt Differenzen zu schlichten, werden solche von diesen Stellen geradezu provoziert. Die wirtschaftliche Situation des statistischen Staatsamtes gibt Indeziffern heraus, welche eine für beide Streitparteien annehmbare Grundlage zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten bietet. Diese Indeziffern sagen nun, daß die Löhne für Nordböhmen im Durchschnitt um 307 oder um 19.23 Prozent höher ist als in Prag. Nach den Indeziffern und statistischen Zusammenstellungen des Ministeriums für Volksernährung ist die Jahresrechnung für die notwendigsten Bedürfnisse einer dreigliederigen Arbeiterfamilie im Juli 1920 mit 14 883.27 Kronen, im Juli 1921 mit 14 883.27 Kronen ermittelt worden. Die Senkung beträgt deshalb 6.25 Prozent. Auf Grund der von den nordböhmischen Baunternehmern gestellten Forderungen, wurde als Grundlage der Errechnung des Tariflohnes des abgelaufenen Vertrages eine Arbeitszeit für die Bauarbeiter von 2000 Stunden im Jahr angenommen. Dieses Pensum erreicht in Wirklichkeit nur ein sehr geringer Bruchteil der Bauarbeiter. Die Berechnungsgrundlage aber angenommen, ergibt, daß selbst in den Orten mit den höchsten Löhnen in Nordböhmen aber auch in Prag mit der niederen Indeziffer, nirgends ein Lohnsatz gezahlt wurde, wie er durch die amtlichen Ziffern als Mindesteinkommen bedingt ist. Der Stundenlohn im Juli 1920 hätte 888 Kronen, im Juli 1921 7.44 Kronen betragen müssen. Gezahlt wird in Nordböhmen als Höchstlohn 6 Kronen, in Prag 5.70 Kronen. Es scheint fast, daß diese amtlich festgestellten Tatsachen, die Ursache der Verschleppung seien. Denn nach diesen Tatsachen, muß das Lohnschiedsgericht nicht bloß die Lohnreduzierung aufheben, sondern auch die geforderte Erhöhung der Löhne als gerechtfertigt und den Tatsachen entsprechend und notwendig erklären. Will das Schiedsgericht und das Ministerium für soziale Fürsorge den Glanzen an Recht und Gesetz bei den Arbeitern nicht vollständig erschüttern, soll nicht ein neuerlicher Konflikt im Baugewerbe ausbrechen, muß unverzüglich, sofort die unbegründeterweise verschleppte Verhandlung anberaumt und die Entscheidung im Sinne der amtlichen Ziffern gefällt werden.

Verschiebung der Verhandlungskongress der Glasarbeiter. In der nächsten Zeit sollte eine Konferenz des Zentralverbandes der Glasarbeiter, Sig Lannwald stattfinden. Der Verhandlungsleiter hat nun beschlossen mit Rücksicht auf die kommunalistischen Quereintritten im Verbande — am 21. August hat eine Konferenz kommunalistischer Glasarbeiter stattgefunden

— die geplante Verhandlungskongress zu verschieben und teilt dies den Ortsgruppen in folgender Zuschrift mit: „Diese Konferenz und die damit verbundene kommunistische Agitation in allen Ortsgruppen unseres Verbandes, hat eine Situation geschaffen, durch welche ein ruhiger und im Interesse aller Glasarbeiter erfolgsprechender Verlauf der Verhandlungskongress kaum möglich erscheint. Nachdem nun diese Verhandlungskongress dazu dienen soll, für die nächsten Aufgaben unseres Verbandes, in dieser wirtschaftlich schweren Zeit grundlegende Beschlüsse zu fassen und eine derartige Verhandlungskongress auch mit sehr hohen Kosten verbunden ist, hält es der Verbandsvorstand für unerlässlich notwendig, vor Abhaltung dieser Verhandlungskongress zuerst volle Klarheit im Verbande zu schaffen, was die Mehrheit unserer Mitglieder zu der gegebenen Situation für eine Stellung einnehmen wird. Diese Klarheit soll sowohl durch das Fachblatt, als durch Konferenzen in allen Verbandsgebieten herbeigeführt werden. Nachdem es nun durch die von den Kommunisten herbeigeführte Situation notwendig geworden ist, diese aufklärende Agitationsarbeit im ganzen Verbandsgebiete durchzuführen, wird es technisch unmöglich, gleichzeitig die Vorarbeiten, Tätigkeitsberichte, Massenberichte usw. zu machen und sich der Verbandsvorstand deshalb veranlaßt und genötigt, die Verhandlungskongress zu verschieben, bis über die Verhältnisse im Verbandsverband Klarheit geschaffen ist. Der Vorstand hat durchaus nicht die Absicht, die so notwendige Abhaltung der Verhandlungskongress auch nur um eine Woche länger hinauszuschieben, als dies zur Klarstellung und zu den technischen Vorarbeiten notwendig sein wird. Sollte sich nach der Klarstellung ergeben, daß die Mehrheit unserer Mitglieder mit der bisherigen Tätigkeit unseres Verbandes nicht einverstanden ist und den Willen hat, den Verband unter die Aufsicht und unter das Diktat der kommunistischen Partei zu stellen, dann wird der Verbandsvorstand im Bewußtsein, die Mitglieder noch rechtzeitig aufgeklärt und vor diesem Schritte gewarnt zu haben, sich jeder Verantwortung verbunden wissen und dann der Verhandlungskongress die Wahl des freien Entschlusses ruhig überlassen.“

An unsere Leser!

In einige Orte kamen die ersten Nummern des „Sozialdemokrat“ verspätet an. Wir hatten noch mit technischen Schwierigkeiten in der Druckerei und bei der Postsendung zu kämpfen. Unserem energischen Bemühen ist es nun gelungen, die rechtzeitige Herstellung und Postsendung des Blattes zu erreichen. Wir hoffen, daß es uns auch bald gelingen wird, das Blatt von den Druckfehlern zu befreien. Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung und Nachsicht. Von nun an wird das Blatt zeitgerecht und ordentlich ausgestattet zur Ausgabe gelangen.

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Dienstag, den 13. September um 8 Uhr abends im kleinen Urania-Saal, Prag II, Smetschky 22, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Der Vorbericht der Reaktion. 2. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Parteimitglieder Groß-Prags dringend geboten.

Bezirkskonferenz Grulich-Schiltberg. Sonntag, den 18. September 1921. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Bezirkskonferenz Bobositz. Sonntag, den 11. September 1921. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Wiederaufbau der Organisationen.

Bezirkskonferenz Landskron, Wildenschwert, Zeitomischl und Polischla. Sonntag, den 18. September 1921 in Landskron.

Vereinsnachrichten.

Reichskonferenz der Naturfreunde.

Sonntag, den 25. September 1921, vormittags 10 Uhr, findet in Prag II, Jüngerova nam. 4, im Speisesaal der Großhandlungsgesellschaft, die außerordentliche Reichskonferenz (außerordentliche Hauptversammlung) des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ mit folgender Tagesordnung statt: 1. Rechenschaftsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassiers; 2. Beratung über die Statutenänderung; 3. Konstituierung und Wahlen; 4. Presse; 5. Verbandsangelegenheiten. Zur Teilnahme an dieser Konferenz, die im Einvernehmen mit dem J. A. einberufen wurde, sind sämtliche Gaudierungen verpflichtet. Die Ortsgruppen in der Republik sind berechtigt, einen Delegierten zu entsenden. Die Delegierung erfolgt auf Kosten des betreffenden Gaudes oder der betreffenden Ortsgruppe. Die Konferenz dürfte voraussichtlich den ganzen Tag dauern. Ansprüche wegen Beistellung von Nachquartier sind an den Vorsitzenden der Prager Gruppe, Genossen Ernst Strnad, Prag II, Hügenerova, zu richten. Für die probatorische Landesleitung: Theodor Dietl, Vorsitzender. Jakob Summery, Schriftführer.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Prag, II, Führerstab nam. 4. Sonntag, den 26. d. M. findet in Prag die I. Reichskonferenz des Verbandes der Ortsgruppen in der Tschechoslowakei statt. Da für die Delegierten schon jetzt Nachquartiere besorgt werden müssen, erfragen wir unsere Prager Parteigenossen, uns diesbezüglich an die Hand zu geben und uns mitzuteilen, wer geneigt wäre, unsere Gäste auf eine Nacht bei sich zu beherbergen (selbstverständlich gegen entsprechende Vergütung). — Mittwoch, den 13. d. M. Mitgliederversammlung im Gold. Kreuzel um 20 Uhr abends, zu der alle zu erscheinen haben. — Herbstwanderung in die Donau-Schweiz: Liboch-Widim. Treffpunkt Sonntag, den 17. September Wilsonbahnhof, 14 Uhr. Rückkehr: Sonntag, den 18. d. M. gegen 22 Uhr. Fahrkosten K 19.—. Wegen Beschaffung von Nachquartier sofortige Anmeldung nötig. Gäste willkommen.

Kunst und Wissen.

Carmina. Oper in 4 Akten von Georges Bizet. Das Neue Deutsche Theater bezieht zu Beginn dieser Saison stärker denn je, daß es auf den Stil der romanischen Oper nicht kommen kann. Statt eines Tonverkes lodender Leidenschaft, verschwenderischer Melodistat, bot man uns ein Bild raitloser Perfektion, dem erst einige Akteure der Bühne Zusammenhang und Leben schenken mußten. Das ist eine Sünde gegen ein Werk, das sein Meister im tiefsten Sinne „musikalisch“ schuf, darin er mit den feinsten

Wittum Wagnerscher Technik ein Tondrama schuf, streng geschlossen und voll atemloser Steigerung. Die konstruierende Tätigkeit des Dirigenten vorausgesetzt, muß innigster Kontakt zwischen musikalischer und Spielleitung bestehen. Wenn es überflüssig wäre, diese Binsenwahrheit aufzuführen, wären die störenden Lücken im Fluße der Aufführung, wäre das unpassende und — leider auch — unberechtigte Primadonnennehmen einzelner Sänger, das ganze Treiben unseres Chors unmöglich. Auch sein ursprünglicher Bereich, der Gesang, scheint als Nebensache behandelt zu werden, besonders seine Aussprache. Mittelpunkt der Aufführung, nicht nur als Darstellerin der Titelrolle, war Aline Sanden. Die Künstlerin spielt diesen elementaren, unglückseligen Willing mit soviel erdentsprohener Leidenschaft, mit soviel geistreicher Noblesse, daß man darüber gewisse gefangliche Unzulänglichkeiten vergißt. Eine bemerkenswerte Leistung war auch der Don Jose des Herrn Nachod. Der Sänger verstand es, mit vornehmer Technik sein schweres Organ dem lyrischen Charakter der Partie erfolgreich anzupassen. Gr.

Neues Deutsches Theater: Heute nahm die erfolgreiche Operette „Der Tanz ins Glück“. Morgen Montag die unterhaltsame französ. Komödie „Mein Freund Teddy“. Mittwoch Gastspiel Suzanne Siska: „Rosentalier“. Dirigent: Zemlinský. Freitag Mozart's neuinszenierte Oper „Così fan tutte“.

Hermine Medelská. Es ist der Direktion gelungen, Hermine Medelská, das langjährige Mitglied unserer Landesbühne, auch

weiterhin für das Deutsche Landestheater zu verpflichten.

Neuinszenierung „Die Weber“. Gerhart Hauptmanns schlesisches Volksdrama „Die Weber“ wird unter Spielleitung von Hans Domes und Mitwirkung des gesamten Schauspielpersonals Donnerstag vollständig neuinszeniert zur Aufführung gelangen. Kartenerverkauf ab heute.

Gastspiel Jda Roland. Jda Roland wurde für ein mehrabendliches Gastspiel gewonnen, das am Samstag mit Hans Müllers Sittendrama „Die Flamme“ beginnt. Sonntag abends spielt die Gastin die Meisterrolle der „Sarin“ in Lengyel-Diros gleichnamiger Komödie.

Gastspiel Aline Sanden — Richard Kubla. Heute abends verabschiedet sich Kammerjängerin Aline Sanden als Santuzza-Redda in „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“. Richard Kubla singt nächsten Sonntag nachmittags den Rudolf in Puccinis „Bohème“.

„Im Bilde durch die Welt.“ 10 Urania-Vorträge am Sonntagnachmittag. Für diese Art von Bildervorträgen, die sich bereits im Vorjahre großer Beliebtheit erfreuten, gibt die Urania ein Abonnement für 10 Vorträge (jeden 2. Sonntag) heraus. Von den Themen seien genannt: Die hohe Tatra — Eine Reise durch Island — Rothenburg a. d. Tauber — Nürnberg — Venedig — Die Dolomiten — Das Wunderland der Pyramiden — Ein Blick auf Sizilien. — Von auswärtigen Vortragenden werden u. a. in dieser Reihe sprechen: Reichen-

stein-Dresden, Direktor Jekina-Bissen, Je nachste-Aussig, Schularat Simon-Bräun. — Beginn der Reihe: Sonntag, den 9. Oktober 4 Uhr: „Das unbekannte Spanien“ (100 Bildbilder). Vortragender: Forschungsreisender Kurt Hiescher-Berlin. Abonnement für alle 10 Vorträge: Für Urania-Mitglieder 30 Kronen, für Nichtmitglieder 35 K. Kartenerverkauf und Mitgliederanmeldungen in der Urania-Kanzlei, Smetichlagasse 22 (10-1 und 4-7 Uhr).

Turnen und Sport.

Sport von heute: S. R. Slavia gegen Viktorie Zizkow (Meisterschaftsspiel). S. R. Dubenec gegen D. F. C. Lombi niert.

Die gestern am Sparta-Platz begonnene internationale Leichtathletische Wettkämpfe finden heute ihre Fortsetzung. Allerbeste europäische Konkurrenz. Am zahlreichsten ist die Beteiligung aus Deutschland und Oesterreich.

A. C. Sparta Prag schlägt in Genf F. C. Gotha 3:0. Goals: Neduna, Pilat und Hoyer.

Wiener Fußball. Rapid gegen Rudolfsbühne 1:0. — Amateure gegen Floridsdorfer A. C. 2:1. Heute findet in Paris ein leichtathletischer Länderwettkampf England-Frankreich statt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Engelmann & Co
PRAG I
Celná 30 PRAG I Celná 30
vis-a-vis Café „Roter Adler“

Herren-Anzüge von KČ 490.—	Knabenanzüge von KČ 320.—
Herren-Überzieher „ 400.—	Knaben-Raglan „ 350.—
Herren-Schleier „ 450.—	Knaben-Schleier „ 340.—
Hrn.-Kimonoraglan „ 450.—	Kinder-Kostüme „ 160.—
Herren-Gummimäntel „ 360.—	Matrosen-Kostüme „ 220.—
Impr. Watterprohmäntel „ 800.—	Manchest.-Kostüme „ 260.—
Herren-Hosen „ 130.—	Kinder-Höschen „ 45.—

Palciots, Stadt- und Wirtschaftspelze, Stadisaccos, Mikado, Breccheshosen.
Sämtliche Waren aus reinen Wollstoffen, solid und modern angefertigt.
Eigene Werkstätte. Spezielle Massabteilung.
Organisierte erhalten Rabatt. 20

Optiker Deutsch
Graben 25 Prag II, Bazar
10 Moderne
Brillen, Zwicker, Reisszeuge.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7.
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

Bücher und Broschüren aller Art
liefert zu den günstigsten Bedingungen
16 Volksbuchhandlung
Ernst Sattler, Karlsbad.

Vereinigte Dampfärherei und chemische Putzerei Šindelář, Ferramoni & Co.
Prag-Straschnitz
älteste Kleiderärherei, beste u. rascheste Ausführung
Sammelstellen Prag I: Skofepka 1., Martinská, Revoluční 11., II. Vodičková 2, III. Lužická 18, VII. Kamenická 22. — Dejvitz, Slovanská 5. — Smichov, Kinského tř. 17. — Weinberge, Karlová 17. — Wrschowitz, Palackého. 15

Bei der Egerländer Bruderlade in Falkenau a. E. wird infolge Einrückens eines Beamten eine **Aushilfskraft** aufgenommen. Bewerber um diese Stelle müssen buchhalterische Kenntnisse besitzen, flotte Stenographen sowie der deutschen und tschechischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig sein. Gesuche sind a. d. Verw. d. Egerländer Bruderlade in Falkenau a. E. zu richten.

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ in Prag werden für die deutschen Provinzstädte in der tschechoslowakischen Republik **tüchtige Inseratenvertreter** gegen Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern unter Chiffre „Tagblatt“ an die Verwaltung erbeten.

Alle Bücher, Broschüren, Zeitschriften,
wo immer angezeigt, liefert schnellstens die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönan Theresiengasse 13. 26

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag-Wysočan.

Meva
Aktien-Gesellschaft für Metallwaren-Industrie
Prag-Smichov

Liefert für unsere Konsumvereine:
Haus- und Küchengeräte aller Art, Eisenfässer „Meva“ und „Exzelsior“, verzinkt. Geschirr, Oelen, Lagergefäße, Laternen, Lampen, Beleuchtungskörper, elektrotechn. Hartporzellan, eiserne Oefen usw. 40

Genossen! Leset euer Zentralorgan!

Konsumvereine führen nur Libaner Presshefe
Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.
25 Fabrik: Liban.

Piering-Seal und Essig ist der Beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47

Restaurant „Goldenes Kreuzel“
Prag II., Nekázanka 7.
Bürgerliche Küche, erstkl. Biere u. Weine.
Sehenswürdigkeit Prag: „Kreuzelkeller“.

Was für ein Wetter kommt?
Sagt Ihnen am besten mein Hydrometer! Zeigt verlässlich 24 Stunden voraus, was für ein Wetter kommt. Sende 1 St. franko überall, bei Voraussend. KČ 3.— od. in Briefmarken. Nachn. kostet KČ 5.— Herren Geschäftenleuten b. Abnahme von 24 Stück 33 Prozent ab. 57
Ferd. Woll, Prachowitz Böhmerwald.

Erzeuger von Linoleum
werden gebeten, bemusterte Offerte an den Arbeiter-Konsumverein Karbitz zu senden. Lieferanten von Ia. Eiern werden ebenfalls gebeten, ihre Offerte einzusenden. 153

Frische Preiselbeeren in 5 kg-Postkästchen liefert zum äussersten Tagespreise
Jos. Červený, Klattau 4, Böhmerwald.

Schreibmaschinen Bureaubedarf **GIBIAN & CO., PRAG II., Lucerna**
SMITH BROS. Vervielfältiger Telefon 9823.
Lieferanten d. Grosseinkaufsgesellschaft für Konsumvereine, Prag.